

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Postzeit oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 168.

Freitag, den 20. Juli 1917.

24. Jahrg.

Die Friedensfundgebung des Reichstages.

Bis in die letzte Stunde hinein hatten die Blätter der Eroberungsparteien mit suggestiver Beharrlichkeit die Falschmeldung verbreitet, die Friedensresolution des Reichstages werde zurückgezogen oder, wenn sie doch zur Abstimmung gebracht würde, von der Regierung entschieden zurückgewiesen werde. Die Unbesonnenen hatten ihren üblichen Resolutions- und Telegrammsturm erregt und die nationalliberale Partei wirklich eingeschüchtert. Bei der Regierung und beim Reichstag ist ihr Manöver schmählich gescheitert, und die gestrige Reichstags-sitzung gestaltete sich zu einer wichtigen Friedensfundgebung, zu einer entschiedenen Abfassung an die Eroberungspolitiker, zu einem unzweideutigen Bekenntnis für den Verständigungsfrieden.

Die einleitende Rede des neuen Reichskanzlers war in der Form wenig wirkungsvoll. Dr. Michaelis sprach ängstlich mit langen Pausen zwischen den einzelnen Absätzen, ohne Wirkung und fast ohne Beifall, der nur gelegentlich aus den Reihen des Zentrums ertönte. Das darf nicht blind dafür machen, daß sachlich seine Erklärungen für die Friedenssache gegenüber den früheren Regierungskundgebungen ein großer Fortschritt waren. Nach einem Überblick über die Kriegslage, die er mit fester Ueberzeugung als sehr günstig bezeichnete, im Hinblick sowohl auf die Erfolge der Unterseeboote wie auf den eben erfochtenen Sieg an der Ostfront und über die Wirtschaftslage — hier versprach er unter Anerkennung der unerhörten schweren Nöte des Volkes wesentliche Erleichterung in kürzester Zeit — bekannte sich Dr. Michaelis zum Verständigungsfrieden ohne gewaltsame Eroberungen. Wenn wir einen ehrenvollen Frieden bekommen können, werden wir den Krieg auch nicht um einen Tag verlängern, um irgend welchen Land- oder Geldgewinn zu wollen. Der Friede soll die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker bilden und den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege ausschließen. Sobald die Feinde ihre Eroberungs- und Niederwerfungsgelüste aufgeben und eine Verhandlung wünschen, ist ganz Deutschland bereit, Frieden verlangend in die Verhandlungen einzutreten. Reichsregierung und Heeresleitung glauben ihr Ziel der dauernden Sicherung Deutschlands gegen die Wiederkehr dieser entsetzlichen Prüfung im Rahmen der vom Reichstag anzunehmenden Resolution erreichen zu können, in der es bekanntlich heißt:

„Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.“

Mit dieser Erklärung haben sich Reichstag, Reichsregierung und auch — wie Michaelis mitteilte — die hierfür ja eigentlich nicht zuständige Heeresleitung unverkennbar auf den Boden des reinen Verteidigungskrieges und des Friedens ohne Annektionen und Entschädigungen gestellt.

Die Bedeutung dieser Friedensfundgebung, die von dem Zentrumsredner Fehrenbach geschickt und wirkungsvoll begründet wurde, kennzeichnete Scheidemann in einer bedeutend vorzüglichen Darlegung treffend dahin, daß, wenn heute das englische Unterhaus eine gleiche Erklärung abgäbe, die gestern Dr. Michaelis abgegeben hat, die Friedensverhandlungen sofort beginnen könnten. Gegenüber allen Verdrehungen und Versuchen der Eroberungspolitiker, als sei diese Resolution der schmählichste Verzicht und Verrat an all den Opfern der Frontkämpfer, stellte Scheidemann fest, daß deutsche Ehre und deutsches Land dabei voll gewahrt bleiben; daß 90% des deutschen Volkes von Herzen bereit sind, die diesen Frieden der Verständigung, der Vernunft und des Rechts zu schließen, sobald die Feinde dazu bereit sind, daß dieser Friedenswille festgelegt durch Beifall einer großen Reichstagsmehrheit, unwiderstehlich ist, daß nur er der Wahrheit und nächsteren Einsicht entspricht, weil weder wir die Feinde in kurzer Zeit zerschmettern können, noch diese das in der Verteidigung unüberwindliche Deutschland niedergewerfen vermögen.

Auch die Fortschrittler schlossen sich dieser Erklärung im wesentlichen an, und was die Redner der anderen Parteien anging, ging einfach unbeachtet verloren; weder der Annektionismus noch die „unabhängige“ Forderung nach Preisgabe des deutschen Landes und Zahlung einer Kriegsentwädigung durch

Deutschland spielten in der Debatte überhaupt eine Rolle. Der Wille des deutschen Volkes ist durch die aus dem Geiste der deutschen Sozialdemokratie geborene Friedensresolution endgültig festgelegt.

Zu den innerpolitischen Fragen äußerte sich der neue Reichskanzler nur sehr zurückhaltend. Das Versprechen des gleichen Wahlrechts in Preußen erklärte er auch als für sich bindend, irgend ein ernsthafter Widerspruch dagegen wurde nicht erhoben. Der Forderung nach Parlamentarisierung der Regierung will er entgegenkommen soweit er das bei dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches tun zu können vermeint. Bei der Auswahl seiner Mitarbeiter verspricht er darauf zu sehen, daß sie nicht nur die nötige Eignung zu ihrem Amte haben, sondern auch das volle Vertrauen der Mehrheitsparteien des Reichstages genießen.

Nachdrücklich erklärte Scheidemann, daß diese Zusagen der Sozialdemokratie keineswegs genügen. Insbesondere forderte er eine allgemeine Amnestie für die politisch Verurteilten, voran Karl Liebknecht und die vollständige Aufhebung der Prezensur, für deren törichte Streiche er neue passende Beispiele anführte.

Worte der persönlichen Hochachtung widmete er dem zurückgetretenen Reichskanzler, den die Sozialdemokratie trotz ihrer politischen Gegnerschaft als einen ehrlichen und dem neuen Gedanken der Zeit zugänglichen Mann geschätzt hat. Politisch verteidigten das Zentrum, die Fortschrittler und der neue Kanzler Herrn von Bethmann-Hollweg, dessen Rücktritt sie bedauerten. Die Konservativen hatten an eine Art Strafgericht über Bethmanns „schwächliche“ Friedenspolitik gedacht. Statt dessen saßen sie selbst auf der Anklagebank und Scheidemann sprach ihnen das Urteil der Deffentlichkeit, indem er überall die Gemeinheiten und Niederträchtigkeiten, mit denen sie den Kanzler verfolgt haben, mit einem kräftigen „Nui!“ quittierte. Herrn von Bethmann-Hollweg wird die Debatte dieses Tages eine hohe moralische Genugtuung sein.

Für die Sozialdemokratie hatte Scheidemann bereits die Erklärung abgegeben, daß sie auch die einmal den neuen Kriegskrediten zustimmt. Nicht das Vertrauensvotum für das noch sehr ungenügend beschriebene Blatt, das Dr. Michaelis politisch darstellt, sondern als Ausdruck des Willens, für die reine Verteidigung und Nichtalsverteidigung des deutschen Volkes, auch die Kräfte der deutschen Arbeiterklasse einzusetzen. Nach einer Rede Haases, die durchaus kein Ende nehmen wollte, auch als der letzte Zuhörer nur noch ein halbes Ohr dafür hatte, wurden denn auch die Kriegskredite gegen die Stimmen der Unabhängigen bewilligt.

Berlin, 19. Juli 1917.

116. Sitzung, Nachmittags 3 Uhr.

Haus und Tribünen sind überfüllt.
Am Bundesratsstische: Der neue Reichskanzler, Helfferich, Capelle, Zimmermann, v. Loebell, Besefer, Breitenbach, Graf Koedern u. a.

Präsident Dr. Kaempf feiert die Verdienste des Herrn von Bethmann-Hollweg. Er erkennt dankend an, daß Herr v. Bethmann-Hollweg die Interessen des Reichstages und keine Wünsche gewissenshaft geachtet, daß er den Bedürfnissen eines vertrauensvollen Zusammenwirkens zwischen Reichsleitung und Reichstag wohlwollend, gerecht und vorurteilsfrei, wie er sagt, volles Verständnis entgegengebracht hat. (Beif. Beifall links und im Zentrum. Schweigen rechts.) Mit der selbstlosen Hingebung seines ganzen Könnens und der ganzen Tiefe seines Wissens hat er sich dem schweren Amte gewidmet, das er auf sich genommen hatte. (Beif. Beifall links und im Zentrum. Schweigen rechts.)

Der Präsident begrüßt dann den neuen Reichskanzler Dr. Michaelis im Namen des Reichstages und wünscht ihm guten Erfolg. (Bravo!) Wir vertrauen, daß es seiner Einsicht und Tatkraft gelingen wird, in dem Streit der Meinungen und in dem Ringen der Völker den Weg zu finden, der unser Vaterland einer glücklichen, gesicherten Zukunft entgegenführt. (Beif. Beifall.) Der Präsident nimmt dann ein Schreiben der Schweizerischen Vereinigung der Griechen in Genf an ihn als den Präsidenten des Reichstages zum Anlaß, um der wegen ihrer Vergewaltigung benachteiligten Nation und ihrem auch im Unglück folgen und aufrechten König die wärmste Sympathie des Reichstages auszusprechen. (Beif. Beifall.)

Auf der Tagesordnung stehen die Kriegskredite.

Reichskanzler Dr. Michaelis: In ernstester Zeit ist die zentnerschwere Last meines Amtes auf meine Schultern gelegt. Im Hinblick zu Gott und im Vertrauen auf die deutsche Kraft habe ich es gewagt, und werde nun der Sache dienen bis zur letzten Hingabe. (Beif. Beifall.) Von Ihnen erbitte ich vertrauensvolle

Mitarbeit in dem Geiste, der sich in diesem dreijährigen Krieg so herrlich bewährt hat, und im Gedenken an den hochverdienten Mann, der an diesem Posten vor mir 8 Jahre gestanden hat. An seiner Tätigkeit ist herbe Kritik geübt worden, Kritik, die vielfach mit Feindschaft und Haß durchsetzt war. Ich habe die Empfindung, es wäre würdiger gewesen, Feindschaft und Haß hätten Halt gemacht vor der verschlossenen Tür. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Erst wenn das Buch dieses Krieges vor uns liegen wird, werden wir voll würdigen können, was Bethmanns Kanzlerschaft für Deutschland bedeutet hat. (Sehr richtig! links und im Zentr.) Ich hätte meine Aufgabe nicht übernommen, hätte ich nicht festen Glauben an die Gerechtigkeit unserer Sache. Täglich mühten wir uns die Ereignisse von vor drei Jahren vor Augen halten, die geschichtlich feststehen und die beweisen, daß wir in den Krieg gezwungen worden sind. Ruhlands Rüstung, seine heimliche Mobilisierung waren eine große Gefahr für Deutschland. An einer Konferenz teilzunehmen, während deren Dauer die Mobilisierung weiter gegangen wäre, das wäre politischer Selbstmord gewesen. Obwohl die englischen Staatsmänner wußten, wie aus ihrem Blaubuch hervorgeht, daß die russische Mobilisierung zum Kriege mit Deutschland führen mußte, haben sie kein Wort der Warnung gegen die militärischen Maßnahmen Ruhlands gesagt, während mein Amtsvorgänger in einer Instruktion vom 29. Juli 1914 an den kaiserlichen Botschafter in Wien folgende Direktiven gab: „Wir erfüllen gern unsere Bündnispflicht, aber müssen es ablehnen, uns durch Oesterreich-Ungarn wegen Nichtabgabe unserer Ratsschlüsse in einen Weltbrand verwickeln zu lassen.“ So schreibt kein Mann, der einen Weltkrieg einstellen will, so schrieb ein Mann, der um den Frieden ringt und gerungen hat bis zum äußersten. (Beif. Zustimmung.) Uns blieb keine andere Wahl. Und was vom Kriege selbst gilt, gilt auch von unseren Waffen, insbesondere von der U-Boot-Waffe. Wir weisen den Vorwurf zurück, daß der U-Boot-Krieg völkerrechtswidrig sei, daß er gegen die Menschenrechte verstoße. (Bravo! rechts.) England hat uns diese Waffe in die Hand gedrückt; durch seine völkerrechtswidrige Seesperrung hat es den neutralen Handel mit Deutschland unterbunden und den Hungertod herbeigeführt. Unsere schwache Hoffnung, daß Amerika an der Spitze der Neutralen der englischen Rechtswidrigkeit Einsicht gebieten würde, war eitel, und der letzte Versuch, den Deutschland gemacht hat, durch ein ehrlich gemeintes Friedensangebot das Aeußerste zu vermeiden, ist schlagartig gescheitert. Da durfte und mußte Deutschland dies letzte Mittel wählen, als eine von der Notwehr gebotene Gegenmaßregel und auch als ein Mittel zur Abführung des Krieges. (Beif. Zustimmung.) Der U-Boot-Krieg liefert das, und er liefert noch mehr als das, was man von ihm erhofft hat. Falsche Nachrichten, die aus geheimen Auskundschaftungen in die Deffentlichkeit gedrungen sind (Sehr richtig! rechts. Laugender Widerspruch gegen dieses Sehr richtig! links), haben eine Zeitlang ein gewisses Gefühl der Enttäuschung hervorgerufen. Das hängt wohl damit zusammen, daß voreilige Propheten die Erwartung ausgesprochen hatten, infolge des U-Boot-Krieges werde der Krieg zu einer bestimmten Zeit zu Ende sein. (Beif. Zustimmung, Rufe links: Heiliger! Heiliger!) Ich stelle fest, daß der U-Boot-Krieg in der Verriechung feindlichen Nachtraums leitet, was er leiten sollte. Er schwächt Englands Wirtschaft und Kriegführung von Monat zu Monat wachsend, so daß dem Friedensbedürfnis dort nicht mehr lange wird entgegengebracht werden können. (Bravo!) Den Arbeiten unserer wackeren U-Boot-Leute sehen wir weiter mit vollem Vertrauen entgegen. Und so groß ist unsere Truppen an allen Fronten, zu Lande, zu Wasser, in der Luft und unter See von der Heimat. (Beif. Beif.) Was unsere Heere unter Leitung ihrer großen Führer bisher geleistet haben, ist in der Weltgeschichte unerhört und unser Dank ist unaussprechlich. (Beif. Beif.) Wir gedanken auch dankbar unserer treuen und tapferen Bundesgenossen. Die Waffenbrüderschaft, in heißen Kämpfen geschlossen und erprobt, wird nicht gelöst. (Bravo!) Die Berichte über die militärische Lage sind sehr gut. Im Westen sind die Offensiven der Engländer und Franzosen gescheitert; die Gegenangriffe unserer Heere beweisen ihre ungeborene Kraft und ihr beites Können. (Bravo!) Im Osten ist infolge der inneren Wirren der Angriff der Millionenheere nicht zur Ausführung gekommen; es trat dort zunächst verhältnismäßige Ruhe ein. Erst nachdem falsche Nachrichten und Hergerichten die russischen Soldaten von neuem aufgestachelt hatten, kam es zu der jetzigen Offensive. Ihr Ziel war Lemberg und die Delawellen von Drohobycz — auch ein Erfolg des U-Boot-Krieges. (Hört, hört!) Brusilow hat mit rücksichtslosen Opfern nur geringe Vorteile erzielt. Vor einer halben Stunde habe ich folgendes Telegramm des Feldmarschalls Hindenburg erhalten: „Durch die russische Offensive in Galizien herausgefordert, hat dort heute ein durch starken Regen bisher hinausgeschobener deutscher Angriff östlich Stokschow eingesetzt. (Beif.) Unter persönlicher Leitung des Feldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern (eine Stimme auf der Rechten ruft: Bravo!) Große Sicherheit im ganzen Haupte) haben deutsche Divisionen, unterstützt durch österreichisch-ungarische Artillerie in altemährter Schärfe und fester Zuversicht die russischen Stellungen durchstoßen. (Beif. Beif.) Zurück bei den Unabh. So: Stimmmungsmache! (Bravo!) Die letzten Vorteile des Brusilow sind dadurch wieder ausgeglichen. Der Reichskanzler bespricht dann kurz die Lage in Griechenland, Italien, im Kaukasus und in Palästina. Die Hoffnungen der Entente auf Amerika beunruhigen uns nicht. Wir wissen, wieviel Nachtraum nötig ist, um ein Heer von Amerika nach Europa zu bringen, und wieviel Tonnage dazu gehört, um das Heer zu ernähren und zu verpflegen. England und Frankreich können ihre Heere kaum selber versorgen. Unser Heer, unsere Marine dürften auch dieser neuen Gefahr Herr werden. (Beif. Beif.) So können wir dem kommenden mit ruhiger Sicherheit entgegengehen. Und trotzdem ist in aller Herzen die brennende Frage

wie lange noch?

Ich komme damit zum Kernpunkt der heutigen Verhandlung. Deutschland hat den Krieg nicht gewollt. (Beif. Zustimmung.) Deutschland hat ihn nicht gewollt, um Eroberungen zu machen, um seine Machtgewalt zu vergrößern, und darum wird

Abg. Warmuth (Dt. Fr.): Wir halten die vorgelegene Rundgebung für äußerst schädlich.

Abg. Saule (Unabh. Soz.): Der Zweideutigkeit ist kein Ende gemacht worden. Der Reichstagsler nimmt die Mehrheits- resolution nur so an, wie er sie auffasse. Er ist nicht der Vertrauensmann des Parlaments, sondern der Hindenburgs und Ludendorffs, die Innenminister sind. Der Kanzler hat erst ihre Zustimmung eingeholt. Das ist eine Brüstung des Parlamentes. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Die Demokratisierung wird nicht durch Parlamentarisieren kommen, sondern durch den Kampf der Massen. Die vorgelegte Resolution ist für uns unannehmbar. Ihre Darstellung vom Kriegsausbruch ist unhaltbar. Nur ein klares Bekenntnis zu dem Programm des Arbeiter- und Soldatenrates kann den Frieden fördern. Wir beantragen eine solche Entschliebung, die den Frieden ohne Angliederung irgendwelcher Art und ohne Kriegsschuldung auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker fordert; wir verlangen weiter internationale Abkommen über allgemeine Abrüstung und Schutz der nationalen Minderheiten; nur die soziale Republik kann eine dauernde Friedenssicherung schaffen. Zur Friedens- und Kriegspolitik der Mehrheit und der Regierung haben wir kein Vertrauen. Wir lehnen deshalb auch diesmal die Kriegskredite ab. (Beifall bei den Unabh. Soz.) Redner erörtert dann eingehend die unerträglichen Zensurverhältnisse und die harten Urteile gegen politische Demonstrationen. Es ist eine Schmach, daß ein Mann, wie Liebknecht im Zuchthaus sitzt. (Abg. Kühle ruft: Liebknecht hungert im Zuchthaus! Präsident Dr. Kaempf ruft ihn zur Ordnung.) Abg. Kühle wiederholt andauernd denselben Zwischenruf. Die Arbeiter wollen in allen Ländern den Frieden. Die Völker wollen sich nicht gegenseitig morden, sie wollen wieder zusammenarbeiten in Werken der Kultur. (Lebh. Beifall bei den Unabh. Soz.)

Abg. Seyda (Dase): Die Resolution der Mehrheit ist uns sympathisch, aber sie wird dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht voll gerecht. Wir enthalten uns deshalb.

Abg. Hansen (Däne): Ich stimme der Resolution zu. Damit schließt die Debatte.

Die Kriegskredite werden in erster und zweiter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialisten bewilligt. Die Entschliebung der Unabhängigen wird gegen deren Stimme und die des Abg. Hoch (Soz.) abgelehnt. Darauf wird

die Resolution der Mehrheit mit 215 gegen 116 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen angenommen.

Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erheben die Unabh. Soz. Widerspruch. Infolgedessen beräumt der Präsident dafür eine neue Sitzung auf Freitag vormittag 11 Uhr an. Schluß 7 1/2 Uhr.

Die Kriegslage.

Ein deutscher Gegenstoß in Ost-Galizien.

Wk. Berlin, 19. Juli, abend. (Amtlich.)

In Flandern dauert die Artilleriegeschlacht an. Herausgefordert durch die Offensive, welche die russische Armee auf Befehl ihrer Regierung und trotz ihrer Friedensheuteurungen an unseren Fronten unternommen hat, sind wir in Ostgalizien zum Gegenangriff übergegangen. Deutsche Korps haben die Stellungen der Russen östlich von Buczyn in breiter Front durchbrochen.

Wien, 19. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Kalusz versuchen die Russen mit Einlage harter Kräfte die ihnen entzogenen Höhen zurückzugewinnen. Ihre Anstrengungen scheiterten unter schweren Verlusten. Nördlich des Dnjestr bis gegen Brody lösten erfolgreiche Stoßtruppen-Unternehmen lebhaftes Geschützfeuer aus, das sich namentlich heute früh in einzelnen Abschnitten zu beträchtlicher Heftigkeit steigerte. — Auch in Wolynien traten österröisch-ungarische und deutsche Stoßtruppen mit günstigem Ergebnis in Tätigkeit. Italienischer und jüdischer Kriegsschauplatz. Keine besonderen Ereignisse.

Hilfsdienstpflcht der Kriegsbeschädigten.

Von einem Reichstagsabgeordneten wird uns geschrieben: Die Kriegsbeschädigtenfürsorge erregt ganz naturgemäß das immer stärker werdende Interesse der Öffentlichkeit. Es wächst mit der größer werdenden Zahl der Kriegsbeschädigten und dem immer ausdringlicher seine Lösung fordernden Problem der Fürsorgepflicht des Reiches.

Als der Gedanke aufleuchtete, durch öffentliche Sammlungen die Pflicht des dankbaren Vaterlandes gegen diese Opfer des Krieges abzulösen oder doch zu ergänzen, ging eine einzige ablehnende Bewegung durch das ganze Volk. Den Beschädigten quoll es bitter hoch; aber das, was am notwendigsten ist, um die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten sicherzustellen, eine reichsgegliedert geregelte Fürsorgeorganisation mit Initiative, Einfluß und Entscheidungsgewalt, wird nicht geschaffen. Seit Februar 1915 wird an dieser Organisation gearbeitet, und wenn es im bisherigen Tempo weitergeht, könnte der Krieg zehn Jahre dauern, bis ein wirklich geschlossenes Netz von Fürsorgeorganisationen, die auf der alleinigen Erfolg korrespondierenden Mitarbeit aller Berufsstände beruht, geschaffen ist. Unerkant ist dieser Grundtat allseitig; mit der Durchführung aber sieht es traurig aus. Wohl sieht man fast in jedem Dorf z. B. der Provinz Brandenburg ein Schild mit dem roten Adler und der Aufschrift „Kriegsbeschädigtenfürsorgestelle“, aber mit dem Anlageln des dekorativen sehr gut wirkenden Blechplaketes ist dann in den meisten Fällen auch die Arbeit der Fürsorgestelle erledigt. In den meisten andern Provinzen ist es nicht besser.

Der Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge hat ein großes Arbeitsprogramm, durchaus anzuerkennende Grundlinien der zu leistenden Arbeit vorgezeichnet. Sie alle haben zur Voraussetzung die Mitwirkung eines weiten Personenkreises, der aber allein dann der Organisation des Vertrauens der Bevölkerung und vor allem der Kriegsbeschädigten gewinnen kann, wenn alle Berufsstände, besonders aber Vertreter der Arbeiterkraft, in ihr mitwirken.

Der einzelne Kriegsbeschädigte kommt in der Regel nach der Entlassung aus der militärischen Fürsorge nur mit der örtlichen Geschichtsstelle, der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge, in Berührung. Berufsberatung und Unterbringung in ein lohnendes und geeignetes Erwerbsverhältnis sind deren wichtigste Aufgaben. In der jetzigen Zeit, in der auch halb- und schwächere Arbeitskräfte sofort untergebracht werden können, ist die letztere verhältnismäßig leicht zu lösen. Anders aber wird es, wenn nach Friedensschluß der Strom gesunder vollkräftiger Arbeiter zurückfließt und der Kriegsbeschädigte mit diesem in den Konkurrenzkampf um das tägliche Brot tritt. Dann wird der Mangel einer einheitlichen Fürsorgeorganisation zu einer Katastrophe werden, die von unsagbar großen Folgen sein wird. Die Vertreter der Gewerkschaften haben auf der Tagung des allgemeinen Kongresses für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Köln

Der amtliche Kriegsbericht.

Wk. Großes Hauptquartier, 20. Juli. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern erreichte bei regnerischem Vorkrieg, der nahezu ein Nachlassen der Kampftätigkeit zur Folge hatte, die Artilleriegeschlacht von mittag an ihre äusserste Heftigkeit. Feindliche Vorköße bei Lombaartzhe und östlich von Meixner Scheiteren.

Auch der Artilleriefront lebhafteste Feuerstätigkeit zwischen La-Bassee-Kanal und Lens, besonders südöstlich von Lens.

Bei Cabrelle nachts hartnäckende englische Bataillone wurden zurückgeworfen.

Auch bei Moxhy griffen nach heftigen Feuerwechseln die Engländer erneut an, ohne weitere Erfolge zu erzielen.

Südöstlich von St. Quentin erlitten die Franzosen bei dreimaligem vergeblichem Angriff gegen die von uns gewonnenen Gräben blutige Verluste.

Front Deutscher Kronprinz

Nordwestlich von Craonne nahmen mächtige und Gardetruppen nach kurzer harter Feuerwirkung Teile der französischen Stellung auf dem Winterberg. Der Feind leistete erbitterten Widerstand und hatte schwere Verluste. Ueber 375 Mann sind gefangen und zahlreiche Grabenwaffen als Beute eingebracht worden. Erst abends ichtigen Gegenangriffe der Franzosen ein; sie führten zu schweren nächtlichen Kämpfen, bei denen einige der von uns gewonnenen Gräben wieder aufgegeben wurden.

Bei den anderen Armeen, auch bei der Seeresgruppe des Herzogs Albrecht von Württemberg, außer einigen für uns günstig verlaufenen Vorfeldgefechten keine besonderen Ereignisse.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Am 1. Juli hatte die russische Regierung in Ost-Galizien einen Teil des russischen Heeres zur Offensive geführt, die nach spärlichen Anfangserfolgen infolge ungeheurer Verluste bald ins Stocken kam. Der russische Soldat, dessen Wunsch nach Frieden an fast allen Stellen unserer Front in Annäherungsberichten Ausdruck fand, war wieder umsonst für die Entente gespiert worden.

Auf Erwiderung der Angriffe der Russen haben unsere Truppen gestern einen Gegenangriff begonnen. Unter persönlicher Leitung des prinziplichen Oberbefehlshabers brachen deutsche Armeekorps, nach wirkungsvoller Vorbereitung durch deutsche und österröisch-ungarische Artillerie, gegen die russischen Stellungen zwischen Sereth und Zlota Lipa vor und stießen über drei starke Verteidigungspositionen vor. Der Feind hatte schwere, blutige Verluste und wich in Auflösung zurück. Bis zum Nachmittag waren einige tausend Gefangene gemeldet.

Bei Jakobstadt, Dünaburg und Smorgon, sowie längs des Stochod und von der Zlota Lipa bis südlich des Dnjestr nahm die Speertätigkeit teilweise erhebliche zu.

Eigene Vorstöße und gewalttätige Erdwendungen führten mehrfach zu schönen Teilerfolgen.

Bei Nowica an der Donnica sind neue starke russische Angriffe verlustreich abgeßlagen worden.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef

In den Nord-Karpathen stärkeres Feuer als in letzter Zeit. Auch in den Bergen östlich des Bedens von Rezdijarsa hat sich die Gescheftstätigkeit gesteigert.

Bei der Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen und an der mazedonischen Front nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

am Rhein bereits auf diese Gefahr hingewiesen; der Reichstag hat sich im Plenum und im Haushaltsausschuß damit befaßt, und doch bleibt alles beim alten!

Rüchlich wurde darauf hingewiesen, daß in der Provinz Brandenburg bisher über 2000 Beschädigten Arbeit nachgewiesen sei. Daß das kein Beweis für die Qualität der Organisation ist, geht aus dem Vorhergesagten schon hervor. Auch in der Provinz Brandenburg werden die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen mit Ausnahme weniger Städte und Kreise trotz ihres wiederholten Angebotes nicht zur Mitarbeit herangezogen. Im Gegenteil: man schaltet sie aus. Die Herren Landräte können sich dabei auf den Oberpräsidenten v. Schulenburg stützen, der es noch im Mai dieses Jahres schroff ablehnte, den Stadt- und Landräten der Provinz dahingehende Vorschläge zu unterbreiten. Er steht damit im direkten Gegensatz zu der Verfügung des preussischen Ministeriums des Innern zur Auffassung des Brandenburgischen Landesdirektors und des Reichstagsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge v. Winterfeld.

Heute sind die örtlichen Fürsorgestellen noch vielfach in der Hand einzelner Personen. Das ist ein Zustand, der sich aus noch anderen Gründen unmöglich aufrecht erhalten werden kann. Für die Heranziehung von kriegsuntauglichen Kriegsbeschädigten zum Hilfsdienst hat das Kriegsamt im April eine Verfügung erlassen, nach der die Einberufungsausweise in jedem Einberufungsfall vorher dem zuständigen Ortsausschuß der amtlichen bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge Mitteilung zu machen haben. Der Ortsausschuß hat sich in mindestens zwei Wochen darüber zu äußern, ob der Kriegsbeschädigte zur Heranziehung geeignet ist oder ob er außerhalb des § 2 des Hilfsdienstgesetzes eine Beschäftigung gefunden hat, deren Aufgabe unwirksam sein dürfte. Damit ist den Ortsausschüssen eine Aufgabe zugewiesen, deren Erfüllung für das ganze Leben des Kriegsbeschädigten von einschneidendster Bedeutung sein kann. Zugleich ist die Last der Verantwortung der damit Beauftragten außerordentlich gewachsen. Sie allein haben zu entscheiden, ob ein Vorkriegsbeschädigter seinen Fähigkeiten und reiflichem Können entsprechende Beschäftigung und vielleicht dauernde Ertrags zugunsten eines gerade unter Arbeitsmangel leidenden Kriegswirtschaftszweigs aufgeben muß oder nicht. Der Betroffene selbst hat keine Möglichkeit, seine Interessen wahrzunehmen. Da tritt die Notwendigkeit auf, neue Zwänge hervor, daß die Ortsausschüsse der Fürsorgestellen mit Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen besetzt sein müssen. Andernfalls müßten die Kriegsbeschädigten, sobald ihnen Kenntnis von der Abicht ihrer Einberufung wird, sich an die Arbeitervertreter in den Ausschüssen des Hilfsdienstgesetzes

für den Bereich ihres Bezirkskommandos wenden, die mit den Einberufungsausweisen ja identisch sind, und dann die Wirkung ihrer Interessen nahelegen. Daraus entstünde ohne Frage zahlreiche Konflikte entweder in den Einberufungsausweisen selbst oder zwischen diesen und den in dem Erlaß des Reichsamtes vorausgesetzten — in der Tat aber zumeist gar nicht vorhandenen — Ortsausschüssen der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge. Es kann dem Zweifel darüber bestehen, daß die Lebensinteressen der Kriegsbeschädigten in erster Linie berücksichtigt werden müssen, und daß Sicherungen notwendig sind, die es verhindern, daß Menschenopfer in die Hand einzelner Personen gelegt werden, nur, weil die Rekruten der Landräte in erster Linie dazu führt, und die ganz ungläubliche Passivität der verantwortlichen Stellen im Reich, nach drei vollen Kriegsjahren eine reichsgesetzliche Regelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge noch nicht ermöglicht hat. Deshalb erscheint es auch notwendig, daß die Namen und Adressen der Arbeitervertreter in den Ausschüssen des Hilfsdienstgesetzes innerhalb der Verbreitungsbereiche der Parteipresse veröffentlicht werden, um den Kriegsbeschädigten diesen geringen Anhalt einer Interessenvertretung verschaffen zu helfen. Zweckmäßiger und erfolgversprechender aber ist, wenn das Kriegsamt den notwendigen Druck dahinterlegt, daß die nach seinem Erlaß erforderlichen Ortsausschüsse für Kriegsbeschädigtenfürsorge als Hilfsorgane des Hilfsdienstgesetzes eine Zusammenfassung erhalten, die der Arbeiterschaft wenigstens eine dem Hilfsdienstgesetz entsprechende Vertretung sichern.

Mus Säbel und den Nachbargebieten.

Freitag, 20. Juli.

Vom Mißtraut der Presse. Es ist eine bezeichnende Kriegsercheinung, daß der öffentliche Geist mit tiefem Mißtraut gegen alles, was die Zeitungen schreiben, erfüllt ist. Einwandfrei steht fest: das Ansehen der Presse hat im Krieg erschreckend gelitten. Mögen an dieser Tatsache auch die Verhältnisse des Kriegsaufstandes mitschuldig sein, nur solche Schwäche hätte dürfte behaupten, die Presse hätte sich ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt.

Diese Meinung hegt übrigens unter tausend Lesern kaum einer. Man kann auf Platz und Straße erbitterte Urteile vernahmen über die Art und Weise, wie in dieser Kriegszeit die allgemeine Stimmung bearbeitet und gegen alle Forderungen der Vernunft und des klaren Denkens gemacht wird. Was die Zeitung am Morgen behauptet, gibt sie am Abend wieder preis. Gegen den Augenschein der Verhältnisse, der offenkundig vor aller Augen liegt, wird wild drauflos geschrieben. Schwierigkeiten gibt es nur in den feindlichen Ländern. Bei uns ist alles herrlich bestellt.

Daß alle einseitigen Menschen gleich über die unsachliche, Stimmungsmachende Presse ihres Landes denken, bezeugt der bekannte französische Literaturgelehrte André Lichtenberger, der im „Saint Public“ u. a. ausführt:

„Auch die Wirkung des Journalismus macht sich beim Publikum nicht geltend. Täuschen wir uns nicht. Die moralische Autorität des Journalismus hat seit dem Kriege in ungeheurer Maßstabe abgenommen. Ich glaube nicht, daß es ganz unsere Schuld ist. Die Erörterung über die Verantwortlichkeiten der Regierung und der Presse und den Mißtraut, in den die Presse geraten ist, würde mich in Angelegenheiten mit der Zensur bringen. Beschränken wir uns auf die Feststellung, daß heute der Ruf der Journalisten als „bourreaux de cranes“ feststeht, und daß deshalb unser Erfolg ungemein gering ist.“

„Bourreaux de cranes“, frei übersetzt „Schädelhauer“, nennt der Franzose seine Journalisten, die mit der Schreibmaschine den Krieg führen und in Leitartikeln täglich den Feind verhöhnen. Haben wir Anlaß, unsere Tageschreiber für die heftigeren Menschen zu erklären? Wir leiden unter unseren „Schädelhauern“ genau so, wie die andern unter den übrigen. Die wenigen Stimmen der Vernunft, die heute in den kriegführenden Staaten vernachlässigt sind, kommen gegen das blutrünstige Getöse der „Schädelhauer“ nicht auf. Langsam wächst aber die öffentliche Erkenntnis, daß ein Hindernis des Friedens und wahrlich nicht das geringste die kriegsbegehrliche Presse ist. Sie zu dämpfen, hielten wir immer für eine dringliche Aufgabe und notwendig für den ersehnten Frieden, für die Zukunft der ganzen Menschheitskultur und nebenbei auch für das Ansehen der Presse.

Gegen die Einigung. In der letzten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Lübeck gelangte ein Antrag zur Annahme in dem der Parteitag in Würzburg erlucht werden sollte, den Parteivorstand mit der Einleitung von Einigungsverhandlungen mit der „Unabhängigen sozialdemokratischen Partei“ zu beauftragen. In einigen Parteiblättern ist diese Anregung unterstützt worden. Wie man in den Kreisen der „Unabhängigen“ über solche Einigungsbestrebungen denkt, das verrät die in Solingen erscheinende „Bergische Arbeiterstimme“ in folgenden Ausführungen:

„Man scheint verächtlich noch keinen Schimmer davon zu haben, was unter „Grüppchen“ vom anderen „Grüppchen“ der deutschen Sozialdemokratie trennt. Wir werden in Ruhe abwarten, was beim Konkurs der früheren Partei herauskommt, ehe wir daran denken, unsere politische Kraft und unseren politischen Kredit mit der „Masse“ zu verbinden.“

Das heißt: der Kampf soll so lange weitergeführt werden, bis die alte Partei völlig zugrunde gerichtet ist. So ähnlich drückt sich ja auch die Entente aus, wenn von der anderen Seite Friedenspläne ertönen. Da die deutsche Sozialdemokratie nicht im mindesten daran denkt, ihren Konkurs anzumelden, wird uns also das erhebenste Schauspiel des Bruderkampfes auf unabsehbare Zeit erhalten bleiben. Vorausgesetzt, daß nicht die Arbeiter, die sich heute noch zur unabhängigen Sozialdemokratie zählen, über die Köpfe der doktrinären Parteipolitiker hinweg den Weg zur Einigung beschreiten und dem Elend der Spaltung ein Ende machen.

Hervorgehoben sei, daß der Einigungsantrag in der Lübecker Parteiversammlung von einem Genossen gestellt wurde, der nicht mit der Politik der Partei mehrheitlich einverstanden ist, also selbst politisch den Unabhängigen zuneigt. Im Interesse der Einigkeit der Arbeiterschaft, die so dringend notwendig ist, stimmt die Verammlung, die fast ausschließlich aus Genossen bestand, die den Standpunkt der Mehrheit für richtig halten, ihm zu.

Die Aufseherförschung der Zweimarkstücke. Die vom Bundesrat beschlossene Verordnung über die Aufseherförschung der Zweimarkstücke hat folgenden Wortlaut: § 1. Die Zweimarkstücke sind einzuziehen. Sie gelten vom 1. Januar 1918 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Von diesem Zeitpunkt ab ist außer den mit der Einziehung beauftragten Banken niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen. § 2. Bis zum 1. Juli 1918 werden Zweimarkstücke bei den Reichs- und Landesstellen zu ihrem Werte sowohl in Zahlung genommen als auch gegen Reichsbanknoten, Reichskassenscheine oder Darlehenkassenscheine umgetauscht. § 3. Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch (§ 2) findet auf durchlöcherter, sowie auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung. § 4. Der Reichskanzler wird ermächtigt, Anordnungen zu ergreifen. § 5. Auf die in Form von Verordnungen ergangenen Zweimarkstücke finden die Vorschriften dieser Verordnung keine Anwendung.

Beim Spielen in den Kassen gefallen. Es gefiern bei den Cadeplänen mäßig der Hallen des Verkehrs eines in Felder strebenden Buchbinder, der in der Traveldammstraße wohnhaft ist. Es gelang, den Jungen wieder auf Brodrene zu bringen.

Da auch die Mütter des Knaben einer Beschäftigung nachgehen muß, so war der Junge, wie gegenwärtig so viele seiner Kameraden, ohne Aufsicht und sich selbst überlassen.

Der Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses für Kriegshilfe für die Zeit vom 1. September 1914 bis 28. Februar 1917 ist sodann erschienen; er gibt über die gesamten Maßnahmen auf dem Gebiete der Kriegshilfe ein ausführliches und klares Bild. Der Bericht ist durch die Buchhandlung von Richard Dörmann gegen den Preis von 1,00 M. käuflich zu beziehen.

Volkspende zum Ankauf von Leifestoff für Heer und Flotte. Man schreibt uns: Großes Interesse erregen die Veranlassungen des Bundesausschusses für die Väterspende. Am Sonnabend abend wird auf dem Marktplatz ein Festkonzert veranstaltet. Die Lübecker Schutzmannschaft hat wieder ihre Mitwirkung zugesagt. Die Straßenfammlung beginnt am Sonnabend nachmittags, das Konzert um 8 1/2 Uhr auf dem Marktplatz. Am Sonntag findet wiederum eine Straßenfammlung und am Nachmittag das Volksfest in Israelsdorf statt. Der Ausschuss bittet deshalb: Gebt reichlich! Denkt an unsere Helden draußen, die heldenhaft ausharren, trotz der gewaltigen Anstrengungen unserer Feinde.

wd. Hanjathheater. Direktor Albert Hübener, das ehemalige Mitglied des königlichen Schauspielhauses zu Berlin, hatte sich zu seinem Gastspiel das dreiaktige Drama „Schuldig“ von Richard Voss ausgewählt. Und man muß sagen: die Rolle des Thomas Lehr kann nicht wirkungsvoller und ergreifender dargestellt werden, als gestern abend es durch Herrn Hübener geschah. Der Inhalt des Stückes ist kurz folgender: Der jungverheiratete Thomas Lehr wird für den Mörder seines Prinzipals gehalten und auf das belastende Zeugnis seines Kollegen Wilhelm Schmidt — des wirklichen Mörders — zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Zwanzig Jahre hat er verbüßt. Da kommt durch das Geständnis des todkranken Wilhelm Schmidt seine Unschuld an den Tag. Der Staatsanwalt, der ihn einst selbst verurteilt hatte, ist tief gekniet und Meßner von Euler hat alle Freunde am Justizdienst durch dieses Fehlurteil verloren. Meßner nimmt herzlichen Anteil an dem unglücklich Verurteilten und begleitet ihn auf der Suche nach Frau und Kindern. Diese findet Lehr in einem Zustand, der ihn veranlaßt, sich zunächst nicht zu erkennen zu geben. Seine Frau ist in die Hände eines Schmeichlers namens Kramer geraten, der den Lehrs Tochter Julie verheiratet will und Lehrs Sohn Karl aus dem Hause treibt. Karl hat die Absicht, den Schmeichler zu ermorden. Er wird aber von seinem ihm unbekanntem Vater davon zurückgehalten. Thomas wird dann endlich von seiner Frau in einer zu Herzen gehenden Szene erkannt und sie beschließen, ein neues Leben zu beginnen. Da erscheint Kramer wieder und Thomas beauftragt einen Anwalt, der jenen in seiner ganzen Schamlosigkeit zeigt. Als der Elende gegen seine Frau zu Täuschungen übergeht, ergreift Thomas in blinder Wut das von Karl fortgeworfene Bein und schlägt den Feind seiner Lieben zu Boden. Jetzt steht er wieder vor dem Zuchthaus, das er schon gar nicht verlassen wollte. Aber nun ist er — schuldig. Außer Herrn Hübener machten sich die Herren Cordes, Rauba, Dietrich und Gude noch um die Aufführung verdient. Der Vorhang mußte sich sehr oft heben und senken. Der Beifall war reichlich verdient.

Papiertag der Kriegs-Procensammlung. Wir werden gebeten, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, daß die Sammelstelle Salzweider (Hofstr. 10) am kommenden Sonnabend, dem 21. Juli, mit einer besonders großen Ablieferung alter Zeitungen um 10 Uhr nachmittags, der 10. Bund Papier, abgeliefert und gebündelt, abliefern, und zwar, erhält ein Preislos. Verlost werden 1 Pfund Käse, 1 Pfund Marmelade und eine Anzahl kleinerer Gewinne. Verkündung der Gewinn-Nummer Punkt 6 Uhr abends in der Sammelstelle.

pb. Fahrraddiebstahl. Am 18. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, wurde ein vor der Post hinterlegtes Fahrrad gestohlen. Das Fahrrad hat Marke „Barria“, hatte Nummern 245 und war mit der Polizeinummer 8248 versehen. Am Sattel waren die Buchstaben C. W. R. eingestrichelt.

pb. Verhafteter Gattinmörder. Nachdem bekannt geworden war, daß der wegen Ermordung seiner Ehefrau verfolgte Landkurmmer Brahmstedt sich in den Hohemeier Tannen aufhalten sollte, wurden in den beiden letzten Nächten seitens der Beamten der Kriminalpolizei Razzias in den Gehölzen zwischen Schlutup und Selmendorf abgehalten. In letzter Nacht gelang es, Brahmstedt in den Schlutup Tannen zu stellen und festzunehmen.

pb. Nahrungsmittel Diebstahl. Nach einer Anzeige wegen gewerbetreibiger Hehlerei war der Arbeiter Johann Kröger aus Hindenburg von hier flüchtig geworden. Angestellte Ermittlungen ergaben, daß er sich noch in der Nähe Lübecks aufhielt, um sich in den Besitz von falschen Legitimationspapieren zu versetzen. Er stand dieserhalb und auch um mit Nahrungsmitteln verlorget zu werden, mit seiner Ehefrau im Versteck. Als diese ihm gestern mittags Essen zu schicken wollte, wurde sie von Beamten der Kriminalpolizei verfolgt. Auf diese Weise gelang es, den Kröger in den Grönuher Tannen, dem Treffpunkt der Hehleute, zu stellen und festzunehmen.

pb. Kartoffelmörder. Ermittelt und festgenommen wurde ein jugendlicher Arbeiter aus Pabelberg und ein solcher von hier, die gemeinschaftlich in der Nähe von Krümmersruh auf den dortigen Gändereien Kartoffeln gestohlen hatten und zwar in der Absicht, diese zu verkaufen. Circa 50 Pfd. Kartoffeln konnten den beiden Dieben abgenommen werden.

Vargteheide. Feuer. Ein Raub der Flammen ist das vom Gemeindevorsteher Jader in Ranhude gepachtete Gewes, Eigentümer Graf von Baudissin-Borstel, geworden. Da die Bestigung zweimal kurz nacheinander vom Feuer betroffen worden ist, wird Brandstiftung vermutet.

Leer. Ein Gendarm von einem Kriegsgefangenen erschossen. Von einem russischen Kriegsgefangenen wurde Montag abend in Brinnum (Kreis Leer) der Gendarmmeister Henning aus Hejel erschossen. Der Täter, anscheinend ein entworfener Gefangener, wurde bereits nachmittags zwischen Hejel und Holtland bemerkt und angesprochen. Da er jedoch keine Antwort gab, benachrichtigte man einen auf Urlaub befindlichen Wirt, der den Flüchtling zu stellen versuchte. Dieser gab auf seinen Verfolger mehrere Schüsse ab und schloß sich schließlich auf einen Unteroffizier und zwei Einwohner, die sich an der Verfolgung beteiligten. Der sich zufällig in Brinnum aufhaltende Gendarm meriwachtmister Henning, der sich den Verfolgern anschloß, wurde dann von dem Flüchtenden aus geringer Entfernung erschossen. Der Schuß drang dem Beamten in die Schulter und durchschlug das Herz, so daß der Tod sofort eintrat. Als der Täter schließlich durch einen Schrotschuß am Bein verwundet wurde, konnte er überwältigt werden. Er ist ein 24 Jahre alter Mensch, der sich Rajslowitsch nennt.

Bremen. Ein Urteil gegen die Bremer Linksradiakalen und Unabhängigen. Die Bremer Linksradiakalen und Unabhängigen klagten vor der ersten Instanz des hiesigen Landgerichts gegen unser Parteigeschäft Schmalzfeld u. Co. auf Rückgabe eines Darlehens von 30 000 Mark, das die Parteiorganisation einst dem Parteiunternehmen gegeben hatte. Die Klage wurde abgewiesen, und der Vorsitzende, Landgerichtsrat Dr. Hübner, führte in der Urteilsbegründung außerordentlich eingehend nach, daß das Geld nicht dem Parteiunternehmen, sondern dem Verein, der jetzt das Geld haben wollte, zur Verfügung gegeben wurde. Der jetzt klagende Verein habe nicht nur die Bremer „Bürger-Zeitung“ als Parteiorgan aufgegeben, sondern auch den Anschluß an die allgemeinen sozialdemokratischen Parteien Deutschlands. Dieser Anschluß war aber, führt die Urteilsbegründung wörtlich fort, die Grundlage des ehemaligen sozialdemokratischen Vereins, der nach seinen Statuten nach Maßgabe des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands die spezielle Parteiorganisation Bremens bildete und dessen Zweck es war, Aufklärung über Grundzüge und Forderungen dieser Partei zu verbreiten. Wenn gleichzeitig mit dem Austritt einer bedeutenden Minder-

heit die Zweite und Dritte des Vereins so gründlich gestört wurden, so liegt es nahe zu sagen, daß damit der bisher bestehende Verein aufgelöst ist und daß auch die Rechte des Vereins nicht mehr repräsentiert, selbst wenn sie den Namen des alten Vereins weiterführt. — Das Urteil scheint uns außerordentlich zutreffend; es ist die juristische Formel dafür, daß aufhört Sozialdemokrat zu sein, wer sich von der Organisation der Gesamtpartei löst. Den hiesigen Unabhängigen und Linksradiakalen wird dieser Einschnitt natürlich sehr unangenehm sein.

Bremen. Teuerungszulage oder Streik. Die bremischen Beamten bemühen sich um eine Teuerungszulage. In der Eingabe, die sie aus diesem Grunde an die Bürgerschaft gerichtet haben, stehen folgende Worte: „Die Beamten haben daher erwogen, alle diese Ehrenämter niederzulegen, und nur ihre, trotz aller Enttäuschungen noch lebendige Liebe zu ihrer Vaterstadt und ihr Gemeinwohl haben sie den Gedanken verwerfen lassen. Diese Gefühle erleiden aber eine erhebliche Erschütterung, wenn die Beamten sehen müssen, wie fast allerorten in deutschen Vaterlande nicht unwesentliche höhere Zulagen gezahlt werden. Fast mit Neid aber mühen sie auf die Arbeiter blicken, bei denen 75, 100 und mehr Prozent Erhöhung gegenüber den Friedenslöhnen die Regel sind. Die Beamten wissen, daß die Arbeiter diese Vorteile dem Streikrecht verdanken, und es könnte sie das Bedauern beschleichen, dieses Recht nicht zu besitzen, und die äußerste Not könnte sie treiben, daß sie die ruhige Ueberlegung verlieren und an allem verzweifeln, sich dieses Mittels eines Tages bedienen. In einer Zeit, wo Thron, die für die Ewigkeit gegündet stehen, stürzen, sollte es eine der vornehmsten Aufgaben eines weltbildenden Staatsmannes sein, dafür zu sorgen, daß die Beamten in ihrer oft bewährten staatsreifen Gesinnung und Haltung nicht gefährdet werden. Das wird aber nicht erreicht, wenn ihre in beschriebenen Grenzen gehaltenen Forderungen selbst auf wiederholte Eingaben hin nicht bewilligt werden.“

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Todesurteil wurde vom Schwurgericht in Bielefeld verhängt. Am 19. März wurde in Oerjollenbeck die Ehefrau Kestling, deren Gemann sich in englischer Gefangenschaft befindet, am Bettposten erhängt aufgefunden. Die Begleitumstände ließen auf gewaltsamen Tod schließen, und der Verdacht lenkte sich auf den verheirateten Tischler Kolke aus Oerjollenbeck, der mit der Frau ein intimes Verhältnis unterhalten hatte. Er hat die Frau umgebracht, weil sie sich weigerte, seinen Namen als Vater des von ihr zur Welt gebrachten Kindes zu verschweigen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, den 19. Juli. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge in der Biscaya und im Atlantischen Ozean. 21 000 Brutto-Registertonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich ein unbekannter beladener Dampfer von mindestens 4500 Tonnen, von Fischdampfern gesteuert, ein beladener Dampfer, der aus einem Geleitzuge herausgeschossen wurde. Die Ladungen der übrigen versenkten Schiffe bestanden, so weit sie ermittelt werden konnten, aus Stückgütern, Kohle und Thonerde.

Der Chef des Admiralstabes der Marine. WTB. Berlin, 20. Juli. (Nichtamtlich.) Der Reichstag bewilligte ohne Erörterung in 3. Lesung die Kriegskredite von 15 Milliarden gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialisten erbgütig.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom Montag, dem 23. Juli, bis Sonntag, dem 29. Juli einschließlich sollen an jede zur III. Kundenliste für Kolonialwaren angemeldete Person zur Ausgabe gelangen:

- 125 Gramm Kaffeebohnen zum Preise von 44 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund) auf den Abchnitt F XI des Lebensmittelbuches.
- 125 Gramm Kartoffelmehl zum Preise von 36 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund) auf den Abchnitt H IV des Lebensmittelbuches.
- 125 Gramm Runkelrüben zum Preise von 35 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund) auf den weissen Sonderzettel VIII des Lebensmittelbuches.

Die gesammelten Abchnitte für diese Verteilungen (Kaffeebohnen Nr. 63, Kartoffelmehl Nr. 64, Runkelrüben Nr. 65) sind bis zum 8. August an die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schulhofstr. 15, abzuliefern.

Lübeck, den 19. Juli 1917. (1964)

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Sammelt Ökonomie zur Delgerinnung! Die Ortsstellstelle für die Kernsammlung Lübeck, St. Annenstr. 1 (Haus der Armenbehörde) wird am 1. August eröffnet.

Der Vaterländische Frauenverein.

Die Zentrale vom roten Kreuz erlaubt sich die höfliche Bitte, den gütigst bewilligten, für den Monat Juli noch rückständigen monatlichen Beitrag bis zum 25. Juli in der von den Gebern bestimmten Form für „Rotes Kreuz, Kriegspende“ freundlichst einzahlen zu wollen.

Jedes Bild vergrößert

Reinhard, Glorinstr. 3.

Achtung! Ohne Marken! Zettes Ziegenmilch.

Zt. 29. Marktstr. St. 29.

Taschenuhren, Wanduhren, Schmecksch., Verlobungsringe, Willi Westphalen

32 Holstenstr. 32

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige Manufakturwaren: Spezialausfür Betten, Bettfedern u. Daun, Herren- und Knaben-Garder, Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Großindustrie und Kriegswirkungen. Von Richard Woldi. Preis 10 Pfg. Buchh. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Deutscher Transportarbeiterverband Ortsverwaltung Lübeck.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Heinrich Meyer

Kattiker,

im Alter von 49 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 21. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle auf dem Vorwerker Friedhof aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

Auf dem Schloßfelde bei der Kapelle

Gustav Harms,

Strassenbahner, am 14. Juni d. Jt.

Ehre seinem Andenken!

1871 Der Vorstand.

Visitenkarten liefert schnellstens

Buchh. Friedr. Meyer & Co.

Feldpostbriefe

5 Briefbogen u. 5 Kuverts 10 Pfg.

Feldpostkarten

10 Stück 10 Pfennig hält vorräthig

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Deutsch-Polnisch.

Sprachbüchlein für Feldsoldaten.

— Preis 15 Pfg. —

Deutsch-russischer Soldatensprachführer.

— Preis 20 Pfg. —

Buchh. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Sozialistische Dokumente des Weltkrieges.

Eine Darstellung der Haltung der organisierten Arbeiter aller Länder zum Weltkriege mit kurzen geschichtlichen und weltpolitischen Einleitungen.

1. Heft: Politik und Krieg — Grundzüge der englischen Politik. Von M. Beer.

Preis 10 Pfg.

Buchh. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Deutsche Volkspende

zum Ankauf von Leifestoff für Heer und Flotte.

Opfertage 21. und 22. Juli.

Straßenfahrungen am Sonnabend und Sonntag.

Sonnabend 7 1/2 Uhr: Marktconcert Schutzmannschaft.

Sonntag: Straßenfammlung — Volksfest in Israelsdorf.

Festteilnehmer tragen das offizielle Abzeichen, das bei den Sammlerinnen zu erwerben ist. 1861

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der

Buchdruckerei „Lab. Volksbote“ Johannisstraße 46.

Arbeiter-Abstinenzbund.

Ortsgruppe Lübeck.

Versammlung

am Freitag, dem 20. Juli abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. 1867) Der Vorstand.

Zeitschriften aller Art.

Buchhandl. Fr. Meyer & Co. Johannisstr. 46.

Hansa-Theater.

Heute abend 8 Uhr:

Die Ehe des Herrn Terbrügge.

Achtung!

Kohlenarbeiter!

Versammlung

am Sonntag, dem 22. Juli 1917

vermittags 10 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50—52.

Tagessordnung:

Die bei der Kohlen- und Holz-Verladung entstandenen Differenzen.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen der Kollegen dringend notwendig. 1968) Der Vorstand.

Stadthallen-Sommertheater

Freitag, den 20. Juli 1917: Anfang 8 Uhr:

Jugend.

Schauspiel von Max Halbe.

Sonnabend, den 21. Juli 1917: Anfang 8 1/4 Uhr und

Sonntag, den 22. Juli 1917: Anfang 7 1/4 Uhr:

Neuheit! Neuheit! Die Fahrt ins Glück. Operette von J. Gilbert.

Die „verschwundenen“ Schweine und Kartoffeln.

Der fortschrittliche Abgeordnete Hoff veröffentlicht in der „Berl. Volkszeitung“ einen lesenswerten Artikel, dem wir u. a. folgendes entnehmen:

Durch Bundesratsverordnung vom 31. Juli 1916 wurde zur Deckung des für die Ernährung der Bevölkerung vom 16. August 1916 bis 15. August 1917 erforderlichen Bedarfs an Kartoffeln in den Kommunalverbänden und Bezirken, die diesen Bedarf nicht aus den bei ihnen verfügbaren Vorräten decken können, eine Menge von reichlich 270 Millionen Zentner an die Uebersehlfürsorge umgelegt, von denen etwa 200 Millionen Zentner allein auf die preussischen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien, Pommern, Brandenburg und Sachsen entfielen. Wieviel sind von diesen 270 Millionen Zentnern tatsächlich an die genannten Verbraucher geliefert worden? Nach Angabe der Reichskartoffelstelle waren es, sage und schreibe im ganzen 65 Millionen Zentner, das heißt noch nicht einmal der vierte Teil der vorgesehenen Menge. Von den bei mäßigster Berechnung geernteten 23 bis 24 Millionen Tonnen Kartoffeln, der Hälfte einer normalen Friedensernte, sind der auf etwa 45 Millionen zu veranschlagenden versorgungsberechtigten Bevölkerung ganze dreiundsechzig Millionen Tonnen zugeführt worden. Nimmt man den Verbrauch der übrigen Bevölkerung auf derselben Höhe an, so ergibt sich für den menschlichen Verbrauch eine Menge von sechsundeinhalb Millionen Tonnen. Für die Saat sind nach Mitteilung des Kriegsernährungsamtes etwa fünf Millionen Tonnen verwandt worden. Das gibt zusammen elfundeinhalb Millionen Tonnen. Wo sind die übrigen elfundeinhalb bis zwölfundeinhalb Millionen Tonnen geblieben? Ein Teil ist offenbar auf Schwund zu rechnen. Die übrigen aber sind — den bestehenden Verbots zum Trotz — in den Tiermagen gemindert. Die Ueberzahl der Tiere, insbesondere der Schweine, die wir im vergangenen Jahre gehalten haben, war jetzt, wie in früheren Jahren unter Unglück. Am 1. September 1916 wurden 17 261 000 Schweine in Deutschland gezählt, am 1. Dezember 1916 noch 17 000 000. Für diese gewaltige Zahl von Tieren standen, nach Erlaß des Kartoffelverfütterungsverbotes, neben den in der Kriegszeit nach Menge und Güte sehr mäßigen Abfällen, nur die für die menschliche Ernährung unbrauchbaren Kartoffeln und etwas Gerste zur Verfügung. Diese „erlaubten“ Futtermittel aber reichen bei weitem nicht aus, um eine so große Schweinezahl zu halten, geschweige denn zu mästen. Woher sind die mit diesen Stoffen gefütterten Schweine gekommen? Auch sie sind größtenteils „verschwunden“, d. h. der allgemeinen Volksernährung nicht zugute gekommen. Am 1. Dezember 1912 wurden z. B. circa 22 Millionen Schweine gezählt. In demselben Jahre aber wurden 24 Millionen Schweinegeschlachtungen vorgenommen. Man wird daher mit Sicherheit annehmen können, daß im Jahre 1916 mindestens 18 Millionen Schweinegeschlachtungen in Deutschland vorgenommen worden sind. Kontrolliert und angemeldet aber sind — mit Einschluß der Notgeschlachtungen — nur circa 4 1/2 Millionen gewerbliche Schlachtungen für das Heer und die Zivilbevölkerung und circa 6 Millionen Hausgeschlachtungen. Das sind 10 1/2 Millionen. Die anderen 7 bis 8 Millionen Schweine sind einfach „verschwunden“. Am 1. September 1916 wurden gezählt 11 205 000 Schweine unter 1 Jahr, 4 231 000 von 1/2 bis 1 Jahr, 1 825 000 über 1 Jahr. Waren nun, was theoretisch angenommen werden mag, der Zeit vom 1. September 1916 bis 1. März 1917 gar keine Schweine geschlachtet oder sonst abgegangen, so hätte die Höhe rücken müssen. Am 1. März hätten also 4 231 000 über 1 Jahr, 1 825 000 gleich 6 056 000 Schweine über 1 Jahr alt und 2 050 000 Schweine von 1/2 bis 1 Jahr vorhanden sein müssen. Gezählt aber wurden am 1. März 1917 nur 1 497 000 Schweine in einem Alter von mehr als 1 Jahr und 2 952 000 einem Alter von 1/2 bis 1 Jahr. Die beiden Differenzen

6 056 000 — 1 497 000 und 11 205 000 — 2 952 000 ergeben die Zahl der in diesem Halbjahre geschlachten oder sonst abgegangenen Schweine. Das aber ergibt die tatsächliche Zahl von 12 910 000 Stück. In Hausgeschlachtungen aber wurden in dem genannten Zeitraum 5 175 000 angemeldet und zugelassen. An gewerblichen Schlachtungen, mit Einschluß der Notgeschlachtungen, aber wurden 2 211 000 vorgenommen. Kontrollierte Schlachtungen wurden also 7 386 000 gezählt. Der Rest von reichlich 5 1/2 Millionen Schweinen ist in dem Halbjahre vom September bis März einfach „verschwunden“. Die für das ganze Jahr ermittelte Zahl von 7—8 Millionen findet darin eine Bestätigung. Da alle Notgeschlachtungen in der Zahl der gewerblichen Schlachtungen enthalten sind, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die bei weitem überwiegende Mehrzahl der 5 1/2 Millionen verschwundenen Schweine auf unangemeldete u. unangemeldete Schlachtungen zurückzuführen ist, auf Hausgeschlachtungen zum Zwecke des Fleischhandels. Die Schweine haben uns ein gut Teil der Kartoffeln und des Getreides weggestressen. Das mit diesen unerlaubten Futterstoffen erzeugte Fleisch und Fett aber ist der Allgemeinheit nur zu einem winzigen Teile zugute gekommen.

Die Not der Rentenlosen!

Überall breiten sich die trüben Schatten des Krieges aus. Not hat er überall im Gefolge. Ein Kapitel besonderer Not ist es, das wir heute aufschlagen.

Vielfach werden Leute aus dem Heeresdienst als dienstunbrauchbar entlassen, die gesund eingezogen waren und nun, oft völlig erwerbslos, wieder ins bürgerliches Leben hinaustreten, ohne daß ihnen eine Versorgung zustünde. Bei ihnen wird angenommen, daß der Militärdienst keinen Einfluß auf die Existenz oder Verschlimmerung des zur Entlassung führenden Leidens gehabt habe. Mit der Abweisung des Anspruchs dieser Personen ist endgültig über ihr Schicksal entschieden. Und dieses Schicksal ist vielfach ein überaus trauriges. In dem Organ des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge, „Die Kriegsbeschädigtenfürsorge“, behandelt Amtsrichter Dr. Gerth die Fürsorge für diese Rentenlosen. Und er kommt zu dem Ergebnis, daß eigentlich gar keine Möglichkeit zu erschöpfender Fürsorge für sie besteht. Offenbar ist die Zahl der ohne Rente Entlassenen bereits sehr bedeutend. Im Januar dieses Jahres hatte Gerda Simons für einen Groß-Berliner Vorort die Zahl der Rentenlosen auf 32 von 100 dienstuntauglich Entlassenen berechnet.

Infolge der langen Dauer des Krieges und infolge des außerordentlich großen Bedarfs an Menschenmaterial wird jetzt bei der Prüfung der Dienstfähigkeit ein weniger strenger Maßstab angelegt als in Friedenszeiten. Selbstverständlich kann im Dienst auf diese Schwächeren keine besondere Rücksicht genommen werden, sie müssen sich vielmehr den gleichen dienstlichen Anstrengungen wie die Gesunden und allen Witterungsunbilden unterwerfen, so daß ihre frühere Krankheit infolge des günstigeren Nährbodens leicht wieder aufsteht. Wiederholt wird in ärztlichen Gutachten bei der Entlassung eines solchen Mannes, der bei der Einstellung für dienstfähig erklärt worden ist, der Zusammenhang der Gesundheitszuzugung mit einer Dienstverrichtung oder einem Dienstunfall oder den besonderen militärischen Verhältnissen verneint, weil das Leiden schon vor Dienstantritt vorhanden gewesen sei.

Diesen ohne Versorgung Entlassenen kann zwar im Falle dringender Bedürftigkeit vorübergehend eine Rente bis zur halben Vollrente gewährt werden. Offenbar wird jedoch von dieser Berechtigung nur in recht bescheidenem Umfange Gebrauch gemacht. Aus dem besonderen Fonds des Kap. 84 des Allgemeinen Pensionsfonds kann wieder keine Zuwendung erfolgen, weil diese Mittel nur als Zuschüsse zu den Versorgungsgebühren zum Ausgleich von Härten gewährt werden sollen. Es bleiben nur die Mittel der allgemeinen Kriegswahrschaffspflege, die zur Unter-

stützung dieser Personen verwendet werden können. Rente, ganz sicher ist es auch nicht, ob die Gemeinden, die es tun, Erlaß vom Reich erhalten.

Daß so die Dinge nicht bleiben können, liegt auf der Hand. Nur der Reichstag wird eingreifen können. Es muß vorgeesehen werden, daß die Mittel der oben erwähnten Kap. 84 zur Unterstützung der Rentenlosen verwendet werden dürfen. Und so lange verwendet werden müssen, bis in einem neu zu schaffenden Rechtswege über die Ansprüche dieser Rentenlosen entschieden ist. Der Rentenweg ist neu zu schaffen; ein Verfahren ist einzuführen, das dem auf dem Gebiete der Sozialversicherung geltenden nachzubilden wäre. Man darf damit nicht länger warten, bald muß dies geschehen. Auch die schon abgewiesenen Ansprüche müssen in diesem Verfahren nachgeprüft werden.

Weiter aber auch ist den Rentenlosen der Anspruch auf ärztliche Versorgung zu sichern. Der einfachste Weg würde sein, ihnen einen solchen Anspruch gegen die Allgemeine Ortskrankenkasse ihres Wohnortes einzuräumen. Natürlich kann der Kasse nicht eine solche Last aus eigenen Mitteln zugemutet werden. Den Kassen müßte in der Art ein Erlaßanspruch gegen das Reich zustehen, wie er in § 1508 der Reichsversicherungsordnung vorgezogen ist.

Es handelt sich hier um eine dringliche Aufgabe — wo wären heute die zu lösenden Aufgaben nicht dringlich. Die Not der Rentenlosen ist zu groß. Man darf sie nicht erst der Armenpflege anheimfallen lassen. Es ist ein geradezu unerträglicher Gedanke, daß diese Personen, die dem Vaterlande ihre Kräfte gewidmet haben, der Armenverwaltung zur Last fallen könnten. Bleibt es so wie es ist, ist das nach dem Kriege sogar mit Sicherheit zu erwarten.

Das darf nicht sein und kann nicht sein!

Politische Rundschau. Deutschland.

Neuordnung des Kriegsernährungsamtes.

Dr. Paul Michaelis, der wirtschaftliche Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“, beschäftigt sich mit der Organisation des Kriegsernährungsamtes. Er setzt auseinander, daß mit der Berufung des Unterstaatssekretärs Dr. Michaelis zum Reichsfinanzminister in der Organisation der Kriegsernährung eine empfindliche Lücke entstanden sei. Es liege die Befürchtung nahe, daß mit dem Ausscheiden seiner tatkräftigen Persönlichkeit aus diesem Wirkungskreis auch die Ernährungsverhältnisse während des Krieges sich noch weiter verschlechtern könnten. Auf der anderen Seite sei aber im preussischen Landwirtschaftsministerium der Boden für neue Verhältnisse vorbereitet. Der Landwirtschaftsminister werde wohl doch über kurz oder lang aus seinem Amte scheiden. Der Blick richte sich nun naturgemäß auf den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, Herrn v. Batocki. Von diesem sagt der Mitarbeiter des Tageblattes:

„Ueber die Fehler und Mängel der Batockischen Amtsführung ist heute kaum noch ein Zweifel möglich. Herr von Batocki hat manches nicht mit der erforderlichen Energie angefaßt; er nahm besonders in seiner ersten Zeit die Dinge zu leicht; er verließ sich zu sehr auf glückliche Zufälle und gab auch wohl persönlichen Einflüssen mehr nach, als sich seinen sachlichen Aufgaben verriet. Wir hätten eine strengere Organisation und eine tatkräftigere Durchführung des einmal als richtig erkannten Programms gewünscht. Aber es würde doch eine Verkenntung der bestehenden Verhältnisse bedeuten, wollte man Herrn v. Batocki als Sündenbock für alle Mängel unserer Ernährungspolitik an denen es leider bis zum heutigen Tage nicht fehlt, hinstellen. Er war und blieb durch Bundesrat und Preußen in stärkerer Nähe beeinträchtigt, als den zahlreichen Kritikern zum deutlichen Bewußtsein kam. Und schließlich soll man nicht vergessen, daß ein Ernährungsminister immer unpopulär sein muß.“

Dr. Michaelis fordert, daß die Befugnisse der Kriegsernährungsstelle in einer Hand zusammengefaßt werden.

Bäuerin und Gräfin.

Von Theodor Mügge.

4. Fortsetzung.
Er blinnte sie mit seinen sanften, freundlichen Augen voller Achtung an, und als sie ihm die Hand von neuem gab, fühlte sie seinen Druck.
So gingen sie beide ein Weilschen, bis der Boden plötzlich weich wurde. Es war eine von den feuchtesten Stellen, die häufig Regen und Wätschen vorkommen, wo Wasser der Boden durchdringt und sich darin anammelt. Einzelne Steine lagen darin zerstreut und bildeten die vorhandene Brücke.
Was tun wir nun? fragte Lydia, als sie bedenklich stillstand.
Wenn wir nicht umkehren wollen und Sie den Steinen nicht ausweichen, so bleibt nur ein Mittel.
Welches Mittel?
Statt der Antwort hob er sie so leicht auf den Arm, als sei es eine Last, und ebenso leicht sprang er mit ihr über die schlüpfrigen Steine fort und setzte sie auf dem trockenen Boden nieder.
Lydia wehrte ihm nicht, sie ließ es geschehen, legte die Arme seine Schultern und hielt sich fest.
Wir kommen alle auf unsere alten Streiche zurück, sagte sie, sie drüben stand. Wahrscheinlich fiel es Ihnen ein, daß Sie früher auch so auf Ihren Armen in ähnlicher Weise getragen wurden.
So war es wirklich, erwiderte er. Es fiel mir ein, und nun sollen wir jetzt es nicht ebenso machen?
Wir wollen ganz wieder die alten guten Kameraden sein, erwiderte er, und uns alles vertrauen und glauben.
Mit diesem neugeschlossenen Bündnis gingen sie nun die Berg- und Talwege hinauf. Als der Weg steiler wurde, mußte Lydia sich seinem Arm halten, und sie bewunderte heimlich, mit welcher Sicherheit er unter ermunternden und scherzhaften Worten sie weiter brachte. Rudolf war weder besonders groß, noch besonders kräftig, doch mußte er dies sein. Schritt war elastisch leicht, und obwohl sein Gesicht milde freundlich läge, auch sein Wesen eher furchtlos als vertrauensvoll war, so erhellten seine Augen doch zuweilen in hellen stolzen Glanz, und seine bescheidene Rede fand Worte, die und selbst poetisch klangen. Anspruchslos in seiner Art, glitzerte er einem wohlhabenden Landmann, der etwas höher an Willen als der gewöhnliche Bauer. Die Gräfin hatte bei der Reife durch die Schwärze häufig bemerkt, daß ein grauer, alter Kopf und ein breittüppiger, lockiger grauer Hut dem meisten üblichen Kleidungsstücke dieser Republikaner sei, welche den Reichtum überhaupt nicht viel geben. Auch Rudolf

trug sich in dieser Weise, aber unter der Säure seines Hutes steckten einige Adlerfedern, die ihm einen feineren Anstrich gaben.
Als sie auf dem Bergkamm anlangten, bildete dieser eine sanfte, aufwärts laufende Ebene, welche mit Feld und Wald bedeckt und begrenzt sich abschloß. In einiger Entfernung, auf dem höchsten Punkt, lag ein Haus unter hohen Bäumen, das einzige, das zu sehen war.
Das ist Ihr Ziel, fragte Lydia.
Das ist er, war seine Antwort. Aber wir sind an einer der feinsten Stellen hinaufgestiegen; wenn wir zurückkehren, führe ich Sie einen viel bequemeren Weg.
Dazu wird Zeit sein, erwiderte sie, wenn wir uns ausgeruht haben. Mich dünkt sehr.
So kommen Sie. Schatten und Milch finden wir dort in Fülle. Er führte sie durch das Feld dem Hause zu, und bald hatten sie es erreicht. Als sie in der Nähe waren, wehte ein starker Wind, und durch eine Lichtung der Bäume sahen sie auf den See hinaus, der tief unten wogte und glänzte. Aus dem Buschwerk zur Seite des Hauses aber kam ein Wassertröpfchen, dessen Ursache die Gräfin logisch erriet.
Jetzt weiß ich alles, sagte sie. Hier ist die Schlucht, in welche der kleine Bach hinabfließt. Nun erinnere ich mich, daß es ein alter Bekannter ist, von dem ich freilich nichts anderes mehr weiß.
Sie gingen am Hause vorbei, in welchem sich nichts regte. Es sah wohnlich und neu aus, doch war es kein großes Bauernhaus, wie man sie in der Schweiz oft so stattlich findet, sondern von mäßigem Umfange und ohne Schmuck gebaut. Das untere Geschoss bestand aus Bruchstein, darauf lag der Holzbau mit kleinen Fenstern, von einer Galerie umgeben. Eine hohe Treppe führte zur Tür hinauf, zur Seite stand ein Stallgebäude, das ähnlich ausah, nur daß der obere Raum zum Heuboden eingerichtet schien. An den beiden Gebäuden hin war ein Küchengarten angelegt, und zwischen Holunderbüschen öffnete sich eine Geißblattlaube mit einem Tisch und einer Bank, die eine Lehne von Birkenzweigen hatte.
Wenige Schritte davon begann der Tobel oder Spalt, den sich der kleine Bach im Laufe von Jahrhunderten oder Jahrtausenden zu seinem Gerinne ausgewöhnt. Lydia schaute erst recht hinüber. Es ging sehr still, wohl dreißig oder vierzig Fuß tief, hinab. Große Steine sprangen aus dem Geröll, das zum Teil mit einer dicken Moos- und Pflanzenbede überwuchert war, und da und dort kammerten sich Efeu und Erlen mit zahllosen zarten Fingern um Felsstücke, die wie mit Reben von ihren Wurzeln umstrickt wurden. Der Bach rauschte leise und melodisch aus der Tiefe und ließ seine Gerüche von einem kühlen Aufzuge begleitet, der erfrischend

Das ist ein antiges Plätzchen, sagte sie, romantisch wohl zu nennen, obwohl die guten Leute, welche hier wohnen, sogar lieber wünscheln möchten, es wäre anders und der Bach käme zu ihnen herauf, da sie schwer zu ihm hinunter könnten.
Sie können sehr gut hinunter, erwiderte Rudolf. Weiterhin führt ein Steg hinauf, und jenseits liegen schöne Matten, auf welchen das Vieh weidet, wenn es hinausgetrieben wird.
Ein lustiges Leben, das Hirtenleben, sagte Lydia, in den Bach und in die Weide blühend. Unter einem alten Baum liegen, vor sich die weidende Herde, über sich den sonnigen Himmel, wohin sind wir gekommen mit unserem Vieh und mit unserer Kultur!
Man denkt es sich so, versetzte er lachend, aber das Bauern- und Hirtenleben ist so rauh und hart, wie irgend eines. Bei uns steht das Vieh meist in den Ställen, muß versorgt und gewartet werden, auf den Alpen aber ist der Hirt der Pächter. Mit aller Mühe und Plage gewinnt er doch wohl halb so viel an seinem Vieh, um den Winter durchzukommen.
Das Los der Armut ist überall dasselbe in der Welt, und niemand kann es ändern. Haben Sie diesen Hof auch verpachtet?
Er bejahte es. Die ganze Wirtschaft mit Vieh und Acker, sagte er, in der Art, daß der Pächter zugleich mein Verwalter ist. Er zieht zunächst ein gewisses Einkommen, dann wird ein mäßiger Prozentsatz abgetragen, was übrig bleibt, teilen wir.
Also ein Gesellschaftsvertrag auf Gegenseitigkeit, nach modernem Zuschnitt, sagte Lydia.
Auf Billigkeit gegründet, erwiderte er. Ich gebe meinen Acker und mein Vieh, er gibt keine Arbeit, sein Blut und seine Knochen.
Vermutlich alles, was er besitzt, doch wie es scheint, kommt er sein Kapital nicht und hält gute Ordnung.
Er ist ein fleißiger und verständiger Mann.
Hat er Familie?
Eine Tochter. Wollen wir hineingehen?
Nein, sagte Lydia. Diese Bauernhäuser mit ihren niedrigen Stuben, kleinen Fenstern und zahlreichen Fliegen sind ein entsetzlicher Aufenthalt. Lassen Sie ein wenig Milch heranziehen.
Sollta, Mathias! rief Rudolf zu dem Hause hin.
Herr Mathias scheint nicht zu Hause zu sein, sagte die Gräfin, als ihr Bewandter nach wiederholter Aufforderung keine Antwort erhielt.
In diesem Augenblick stieg am Tobel herauf dieselbe junge Bäuerin, welche der Legationsrat in Frankfurt Sabettes Wirtschaftszimmer gefunden hatte. Der Kopf hing an ihrem kräftigen Arm und schien sehr schwer zu sein, über den Kopf hatte sie ein weißes, dreieckiges Tuch gesteckt, um sich vor der Sonnenhitze zu schützen.
(Fortsetzung folgt.)

Da auch die Mütter des Anaben einer Beschäftigung nachgehen muß, so war der Junge, wie gegenwärtig so viele seiner Kameraden, ohne Aufsicht und sich selbst überlassen.

Der Bericht über die Tätigkeit des Anstaltsschiffes für Kriegshilfe für die Zeit vom 1. September 1914 bis 28. Februar 1917 ist jenen erschienen; er gibt über die gesamten Maßnahmen auf dem Gebiete der Kriegshilfe ein ausführliches und klares Bild. Der Bericht ist durch die Buchhandlung von Richard Quisow gegen den Preis von 1,00 Mk. käuflich zu beziehen.

Volksspende zum Ankauf von Veschloß für Heer und Flotte. Man schreibt uns: Großes Interesse erregen die Veranlassungen des Landesauschusses für die Veschloßspende. Am Sonntagabend wird auf dem Marktplatz ein Festkonzert veranstaltet. Die Lübecker Schutzmannschaft hat wieder ihre Mitwirkung zugesagt. Die Straßenfammlung beginnt am Sonntag nachmittag, das Konzert um 8 1/2 Uhr auf dem Marktplatz. Am Sonntag findet wiederum eine Straßenfammlung und am Nachmittag das Volksfest in Israelsdorf statt. Der Ausschuss bittet deshalb: Gebt reichlich! Denkt an unsere Helden draußen, die heldenmütig ausharren, trotz der gewaltigen Anstrengungen unserer Feinde.

Wb. Sanjatheater. Direktor Albert Hübener, das ehemalige Mitglied des königlichen Schauspielhauses zu Berlin, hatte sich zu seinem Gastspiel das dreiatrige Drama „Schuldige“ von Richard Wolf ausgewählt. Und man muß sagen: die Rolle des Thomas Lehr kann nicht wirkungsvoller und ergreifender dargestellt werden, als gestern Abend es durch Herrn Hübener geschah. Der Inhalt des Stückes ist kurz folgender: Der jungverheiratete Thomas Lehr wird für den Mörder seines Prinzipals gehalten und auf das belastende Zeugnis seines Kollegen Wilhelm Schmidt — des wirklichen Mörders — zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Zwanzig Jahre hat er verbüßt. Da kommt durch das Geständnis des todkranken Wilhelm Schmidt seine Unschuld an den Tag. Der Staatsanwalt, der ihn einst selbst verurteilen mußte, ist tief gekniet und Abscheu vor dem Guter hat alle Freunde an Justizdienst durch dieses Fehlurteil verloren. Letzterer nimmt herzlichen Anteil an dem unglücklich Betroffenen und begleitet ihn auf der Suche nach Frau und Kindern. Diese findet Lehr in einem Zustand, der ihn veranlaßt, sich zunächst nicht zu erkennen zu geben. Seine Frau ist in die Hände eines Schmeichlers namens Kramer geraten. Der Lehrer Tochter Julie verheiratet will und Lehns Sohn Karl aus dem Hause treibt. Karl hat die Absicht, den Schurk zu erwidern. Er wird aber von seinem ihm unbekanntem Vater davon zurückgehalten. Thomas wird dann endlich von seiner Frau in einer zu Herzen gehenden Szene erkannt und sie beschließen, ein neues Leben zu beginnen. Da erkheint Kramer wieder und Thomas belauscht einen Auftritt, der jenen in seiner ganzen Schamhaftigkeit zeigt. Als der Glende gegen seine Frau zu Täuschlichkeiten übergeht, ergreift Thomas in blinder Wut das von Karl fortgeworfene Beil und schlägt den Feind seiner Liebe zu Boden. Jetzt kehrt er wieder vor dem Zuchthaus, das er schon gar nicht verlassen wollte. Aber nun ist er — schuldig. Außer Herrn Hübener machten sich die Herren Cordes, Kania, Tietrich und Gude noch um die Aufführung verdient. Der Vorhang wurde im sehr oft heden und lichten. Der Beifall war reichlich verdient.

Papierstag der Kriegs-Vendensammlung. Wir werden gebeten, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, daß die Sammelstelle Sammelstellen (Schönener) am kommenden Sonntag, dem 21. Juli, mit einer besonders großen Ablieferung alter Zeitungen usw. rechnen. Der 10 Pfund Papier, abgeliefert und gebündelt, abliefern, und mehr, erhält ein Preislos. Verloren werden 1 Pfund Papier, 1 Pfund Wappstein und eine Anzahl kleinerer Gewinne. Verkündung der Gewinn-Nummer Punkt 6 Uhr abends in der Sammelstelle.

pb. Fahrrad Diebstahl. Am 18. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, wurde ein vor der Post eingeschicktes Fahrrad entwendet. Das Fahrrad war Marke „Barria“, hatte schwarzes Gestell und war mit der Seriennummer 2948 versehen. Am Sattel waren die Buchstaben C. W. R. eingepreßt.

pb. Verhafteter Gattenmörder. Nachdem bekannt geworden war, daß der wegen Ermordung seiner Ehefrau verfolgte Landwurmman Brahmstedt sich in den Hohenfelder Tannen aufhalten sollte, wurden in den beiden letzten Nächten seitens der Beamten der Kriminalpolizei Kazzias in den Gehölzen zwischen Schlutup und Selmsdorf abgehalten. In letzter Nacht gelang es, Brahmstedt in den Schlutupen Tannen zu stellen und festzunehmen.

pb. Mithlungene Frucht. Nach einer Anzeige wegen gewöhnlicher Hehlerei war der Arbeiter Johann Kröger aus Hindenburg von hier flüchtig geworden. Angelegte Ermittlungen ergaben, daß er sich noch in der Nähe Lübecks aufhielt, um sich in den Besitz von falschen Legitimationspapieren zu versetzen. Er wurde hierauf und auch um mit Nachdrucksmitteln verhaftet zu werden, mit seiner Ehefrau im Verkehr. Als diese ihm gestern wieder freien zusuchen wollte, wurde sie von Beamten der Kriminalpolizei verfolgt. Auf diese Weise gelang es, den Kröger in den Grönaner Tannen, dem Treffpunkt der Eheleute, zu stellen und festzunehmen.

pb. Kartoffelwäcker. Ermittelt und festgenommen wurde ein jugendlicher Arbeiter aus Havelberg und ein solcher von hier, die gemeinschaftlich in der Nähe von Primmbruch auf den dortigen Landereien Kartoffeln gestohlen hatten und zwar in der Absicht, diese zu verkaufen. Circa 50 Pfd. Kartoffeln konnten den beiden Dieben abgenommen werden.

Vargteheide. Jener. Ein Raub der Flammen ist das vom Gemeindevorsteher Jaeder in Rappade gepachtete Gewes. Eigentümer Graf von Baudissin-Vorfel, geworden. Da die Bestimmung zweimal kurz nacheinander vom Feuer betroffen worden ist, wird Brandstiftung vermutet.

Beer. Ein Gendarm von einem Kriegsgefangenen erschossen. Von einem russischen Kriegsgefangenen wurde Montag Abend in Brinkum (Kreis Leer) der Gendarmenwachtmann Henning aus Schiel erschossen. Der Täter, anschließend ein entwichener Gefangener, wurde bereits nachmittags zwischen Hejel und Halkland bemerkt und angesprochen. Da er jedoch keine Antwort gab, benachrichtigte man einen auf Urlaub befindlichen Matrosen, der den Flüchtling zu stellen versuchte. Dieser gab auf seinen Verfolger mehrere Schüsse ab und schloß auch verabschiedend auf einen Unteroffizier und zwei Einwohner, die sich an der Verfolgung beteiligten. Der sich zufällig in Brinkum aufhaltende Gendarmenwachtmann Henning, der sich den Verfolgern noch anschloß, wurde dann von dem Flüchtling aus geringer Entfernung erschossen. Der Schuß drang dem Beamten in die Schulter und durchschlug das Herz, so daß der Tod sofort eintrat. Als der Täter schließlich durch einen Schrotbüchse am Bein verwundet wurde, konnte er überwältigt werden. Er ist ein 24 Jahre alter Mensch, der sich Kasimowitsch nennt.

Bremen. Ein Urteil gegen die Bremer Linksradiakalen und Unabhängigen. Die Bremer Linksradiakalen und Unabhängigen klagten vor der Ersten Zivilkammer des hiesigen Landgerichts gegen unser Parteigeschäft Schmalfeldt u. Co. auf Rückgabe eines Darlehens von 30 000 Mark, das die Parteiorganisation einst dem Parteiunternehmen gegeben hatte. Die Klage wurde abgewiesen, und der Vorsitzende, Landgerichtspräsident Habelmann, führte in der Urteilsbegründung außer demerit Abweisungsgründen sachlich aus, der Verein, der jetzt das Geld haben wollte, sei nicht identisch mit demjenigen sozialdemokratischen Verein, der einst das Darlehen gegeben habe. Der jetzt klagende Verein habe nicht nur die Bremer „Bürger-Zitung“ als Parteipresse abgegeben, sondern auch den Anschluß an die allgemeinen sozialdemokratischen Parteien Deutschlands. „Dieser Anschluß war aber“, fährt die Urteilsbegründung wörtlich fort, „die Grundlage des ehemaligen sozialdemokratischen Vereins, der nach seiner Statuten nach Maßgabe des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands die spezielle Parteiparteiorganisation Bremens bildete und dessen Zweck es war, Aufklärung über Grundzüge und Forderungen dieser Partei zu verbreiten.“ — „Bremens-Verhältnis“ mit dem Austritt einer bedeutenden Minder-

heit die Freude und Freude des Vereines so grundlegend geändert wurden, so liegt es nahe, zu sagen, daß damit der bisher bestehende Verein aufgelöst ist und daß auch die Mehrheit dem Verein nicht mehr repräsentiert, selbst wenn sie den Namen des alten Vereines weiterführt.“ — Das Urteil scheint uns außerordentlich zutreffend; es ist die juristische Formel dafür, daß aufhört Sozialdemokrat zu sein, wer sich von der Organisation der Gesamtpartei löst. Den hiesigen Unabhängigen und Linksradiakalen wird dieser Hinweisfall natürlich sehr unangenehm sein.

Bremen. Teuerungszulage oder Streik. Die bremischen Beamten bemühen sich um eine Teuerungszulage. In der Eingabe, die sie aus diesem Grunde an die Bürgerschaft gerichtet haben, stehen folgende Worte: „Die Beamten haben daher erwogen, alle diese Ehrenämter niederzulegen, und nur ihre, trotz aller Enttäuschungen noch lebendige Liebe zu ihrer Vaterstadt und ihrer Gemeinfinn haben sie den Gedanken verwerfen lassen. Diese Gefühle erleiden aber eine erhebliche Erschütterung, wenn die Beamten sehen müssen, wie fast allerorten im deutschen Vaterlande nicht unwesentliche höhere Zulagen gezahlt werden. Fast mit Neid aber müssen sie auf die Arbeiter blicken, bei denen 75, 100 und mehr Prozent Erhöhung gegenüber den Friedenslöhnen die Regel sind. Die Beamten wissen, daß die Arbeiter diese Vorteile dem Streikrecht verdanken, und es könnte sie das Bedauern befehlen, dieses Recht nicht zu besitzen, und die äußerste Not könnte sie treiben, daß sie die ruhige Ueberlegung verlassen und an allem verzweifeln, sich dieses Mittels eines Tages bedienen. In einer Zeit, wo Throne, die für die Ewigkeit gegründet schienen, stürzen, sollte es eine der vornehmsten Aufgaben eines weltblickenden Staatsmannes sein, dafür zu sorgen, daß die Beamten in ihrer oft bewährten staatskreuen Gesinnung und Haltung nicht gefährdet werden. Das wird aber nicht erreicht, wenn ihre in bestehenden Grenzen gehaltenen Forderungen selbst auf wiederholte Eingaben hin nicht bewilligt werden.“

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Todesurteil wurde vom Schwurgericht in Bielefeld verhängt. Am 19. März wurde in Oerjollenbeck die Ehefrau Kestig, deren Gemann sich in englischer Gefangenschaft befindet, am Bettpfosten erhängt aufgefunden. Die Begleitumstände ließen auf gewaltsamen Tod schließen, und der Verdacht lenkte sich auf den verheirateten Fischer Volke aus Oerjollenbeck, der mit der Frau ein intimes Verhältnis unterhalten hatte. Er hat die Frau umgebracht, weil sie sich weigerte, seinen Namen als Vater des von ihr zur Welt gebrachten Kindes zu verschweigen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, den 19. Juli. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge in der Biscaya und im Atlantischen Ozean. 21 000 Brutto-Registertonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich ein unbekannter beladener Dampfer von mindestens 4500 Tonnen, von Fischdampfern gesichert, ein beladener Dampfer, der aus einem Geleitzuge herausgeschossen wurde. Die Ladungen der übrigen versenkten Schiffe bestanden, so weit sie ermittelt werden konnten, aus Südkütern, Kohle und Thonerde.

Der Chef des Admiralstabes der Marine. **WB.** Berlin, 20. Juli. (Nichtamtlich.) Der Reichstag bewilligte ohne Erörterung in 3. Lesung die Kriegseredite von 15 Milliarden gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialisten endgültig.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gelandeten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom Montag, dem 23. Juli, bis Sonntag, dem 29. Juli, einschließlich sollen an jede zur III. Kundenliste für Kolonialwaren angeschlossene Person zur Ausgabe gelangen:
125 Gramm Kaffeebohnen
zum Preise von 44 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund)
auf den Abschnitt F XI des Lebensmittelbuchs.
125 Gramm Kartoffelmehl
zum Preise von 24 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund)
auf den Abschnitt H IV des Lebensmittelbuchs.
125 Gramm Ruchbrot
zum Preise von 17 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund)
auf den weissen Sonderabschnitt VIII des Lebensmittelbuchs.
Die gelandeten Abschnitte für diese Bestimmungen (Sonderabschnitt Nr. 22, Kartoffelmehl Nr. 24) (Quarantäne Nr. 69) sind bis zum 3. August an die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schulhofstr. 15, abzugeben.
Lübeck, den 19. Juli 1917. (1964)

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Sammelt Obstkerne zur Delgewinnung!
Die Ortsammelstelle für die Kernsammlung Lübeck, St. Annenstr. 1 (Haus der Armenbehörde) wird am 1. August eröffnet.

Der Vaterländische Frauenverein.

Die Zentrale vom Roten Kreuz erlaubt sich die höfliche Bitte, den günstig bewilligten, für den Monat Juli noch rückständigen monatlichen Beitrag bis zum 25. Juli in der von den Gebern bestimmten Bank für Roten Kreuz, Kriegsspende, fruchtlos einbringen zu wollen.

Jedes Bild vergrößert (1893)
Reinhard, Glorinstr. 3.
Achtung! Ohne Marken!
Zeitlos Ziegenmilch
21. 29. Marktstr. St. 29.

Taschenuhren Wanduhren Schmucksach. Verlobungsringe
Willi Westphal
32 Holstenstr. 32

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.
Beste Bezugsquelle für erstklassige Manufakturwaren
Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunen Herren- und Knaben-Garderobe Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Großindustrie und Kriegswirkungen.
Von Richard Woldt
Preis 10 Pfg.
Buchh. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Deutscher Transportarbeiterverband Ortsverwaltung Lübeck.
Todes-Anzeige.
Den Mitglidern die traurige Nachricht, daß unser Kollege **Heinrich Meyer** Ratiker, im Alter von 49 Jahren verstorben ist.
Gere einem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 21. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle auf dem Vorwerker Friedhof aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
Für dem Schlichtfelle Teil der Kollege **Gustav Harms**,
Straßenbahner,
am 14. Juni d. J.
Gere seinem Andenken!
1871 Der Vorstand.

Visitenkarten
herfert schnellstens
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Feldpostbriefe
5 Briefbogen u. 5 Kuverts 10 Pfg.
Feldpostkarten
10 Stück 10 Pfennig
hält vorrätig
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Deutsch - Polnisch.
Sprachbüchlein für Feldsoldaten.
— Preis 15 Pfg. —
Deutsch-russischer Soldatensprachführer.
— Preis 20 Pfg. —
Buchh. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Sozialistische Dokumente des Weltkrieges.
Eine Darstellung der Haltung der organisieren Arbeiter aller Länder zum Weltkriege mit kurzen geschichtlichen und weltpolitischen Einleitungen.
1. Heft: Politik und Krieg — Grundzüge der englischen Politik.
Von M. Beer.
Preis 10 Pfg.
Buchh. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Deutsche Volksspende
zum Ankauf von Desfestoff für Heer und Flotte.
Opfertage 21. und 22. Juli.
Straßenfaltungen am Sonnabend und Sonntag.
Sonnabend 1/2 9 Uhr: Marktkonzert Schuhmannstapelle.
Sonntag: Straßenfaltung — Volksfest in Israelsdorf.
Festteilnehmer tragen das offizielle Abzeichen, das bei den Sammlerinnen zu erwerben ist. 1861

Rechnungs - Formulare
werden hergestellt in der Buchdruckerei „Das Volksbote“
Johannisstraße 46.
Zeitschriften aller Art.
Buchhandl. Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Arbeiter-Abstinenzbund.
Ortsgruppe Lübeck.
Versammlung
am Freitag, dem 20. Juli abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. (1867) Der Vorstand.

Hansa-Theater.
Heute abend 8 Uhr:
Die Ehe des Herrn Terbrügge.
1870

Achtung! Kohlenarbeiter!
Versammlung
am Sonntag, dem 22. Juli 1917
vormittags 10 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
Die bei der Kohlen- und Koks-beladung entstandenen Differenzen.
Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen der Kollegen dringend notwendig.
Der Vorstand. (1868)

Stadthallen-Sommertheater
Freitag, den 20. Juli 1917:
Anfang 8 Uhr:
Jugend.
Schauspiel von Max Halbe.
Sonnabend, den 21. Juli 1917:
Anfang 8 1/4 Uhr
und
Sonntag, den 22. Juli 1917:
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neuheit! Neuheit!
Die Fahrt ins Glück.
Operette von J. Gilbert. 1868

Die „verschwundenen“ Schweine und Kartoffeln.

Der fortschrittliche Abgeordnete Hoff veröffentlicht in der „Berl. Volkszeitung“ einen lesenswerten Artikel, dem wir u. a. folgendes entnehmen:

Durch Bundesratsverordnung vom 31. Juli 1916 wurde zur Deckung des für die Ernährung der Bevölkerung vom 16. August 1916 bis 15. August 1917 erforderlichen Bedarfs an Kartoffeln in den Kommunalverbänden und Bezirken, die diesen Bedarf nicht aus den bei ihnen verfügbaren Vorräten decken können, eine Menge von reichlich 270 Millionen Zentner an die Heberschuhkreise umgelegt, von denen etwa 200 Millionen Zentner allein auf die preussischen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien, Pommern, Brandenburg und Sachsen entfielen. Wieviel sind von diesen 270 Millionen Zentnern tatsächlich an die genannten Verbraucher geliefert worden? Nach Angabe der Reichskartoffelstelle waren es, sage und schreibe im ganzen 65 Millionen Zentner, das heißt noch nicht einmal der vierte Teil der vorgesehenen Menge. Von den bei nächster Berechnung gerundeten 23 bis 24 Millionen Tonnen Kartoffeln, der Hälfte einer normalen Friedensernte, sind der auf etwa 45 Millionen zu veranschlagenden versorgungsberechtigten Bevölkerung ganze dreiundzwanzig Millionen Tonnen zugeführt worden. Nimmt man den Verbrauch der übrigen Bevölkerung auf derselben Höhe an, so ergibt sich für den menschlichen Verbrauch eine Menge von sechshundert Millionen Tonnen. Für die Saat sind nach Mitteilung des Kriegsernährungsamtes etwa fünf Millionen Tonnen verwandt worden. Das gibt zusammen elfhundert Millionen bis zwölfhundert Millionen Tonnen Getreide. Ein Teil ist offenbar auf Schwund zu rechnen. Die übrigen aber sind — den bestehenden Vorräten zum Trost — in den Tiermagen gewandert. Die Heberzahl der Tiere, insbesondere der Schweine, die wir im vergangenen Jahre gehalten haben, war jetzt, wie in früheren Jahren unser Unglück. Am 1. September 1916 wurden 17 261 000 Schweine in Deutschland gezählt, am 1. Dezember 1916 noch 17 000 000. Für diese gewaltige Zahl von Tieren standen, nach Erlaß des Kartoffelverfütterungsverbotes, neben den in der Kriegszeit nach Menge und Güte sehr mäßigen Abfällen, nur die für die menschliche Ernährung unbrauchbaren Kartoffeln und etwas Gerste zur Verfügung. Diese „erlaubten“ Futtermittel aber reichen bei weitem nicht aus, um eine so große Schweinezahl zu halten, geschweige denn zu mästen. Wo aber sind die mit diesen Stoffen gefütterten Schweine geblieben? Auch sie sind größtenteils „verschwunden“, d. h. der allgemeinen Volksernährung nicht zugute gekommen. Am 1. Dezember 1912 wurden z. B. zirka 22 Millionen Schweine gezählt. In demselben Jahre aber wurden 24 Millionen Schweinegeschlachtungen vorgenommen. Man wird daher mit Sicherheit annehmen können, daß im Jahre 1916 mindestens 18 Millionen Schweinegeschlachtungen in Deutschland vorgenommen werden sind. Kontrolliert und angemeldet aber sind — mit Einschluß der Notgeschlachtungen — nur zirka 4 1/2 Millionen gewerbliche Schlachtungen für das Heer und die Zivilbevölkerung und zirka 6 Millionen Hausgeschlachtungen. Das sind 10 1/2 Millionen. Die anderen 7 bis 8 Millionen Schweine sind einfach „verschwunden“. Am 1. September 1916 wurden gezählt 11 205 000 Schweine unter 1/2 Jahr, 4 231 000 von 1/2 bis 1 Jahr, 1 825 000 über 1 Jahr alt. Wären nun, was theoretisch angenommen werden mag, in der Zeit vom 1. September 1916 bis 1. März 1917 gar keine Schweine geschlachtet oder sonst abgegangen, so hätte die ganze erste und zweite Altersgruppe um je eine Stufe in die Höhe rücken müssen. Am 1. März hätten also 4 231 000 und 1 825 000 gleich 6 056 000 Schweine über 1 Jahr alt und 11 205 000 Schweine von 1/2 bis 1 Jahr vorhanden sein müssen. Gezählt aber wurden am 1. März 1917 nur 1 497 000 Schweine in einem Alter von mehr als 1 Jahr und 2 952 000 in einem Alter von 1/2 bis 1 Jahr. Die beiden Differenzen

6 056 000 — 1 497 000 und 11 205 000 — 2 952 000 ergeben die Zahl der in diesem Halbjahr geschlachten oder sonst abgegangenen Schweine. Das aber ergibt die stattliche Zahl von 12 910 000 Stück. In Hausgeschlachtungen aber wurden in dem genannten Zeitraum 5 175 000 angemeldet und zugelassen. An gewerblichen Schlachtungen, mit Einschluß der Notgeschlachtungen, aber wurden 2 211 000 vorgenommen. Kontrollierte Schlachtungen wurden also 7 386 000 gezählt. Der Rest von reichlich 5 1/2 Millionen Schweinen ist in dem Halbjahr vom September bis März einfach „verschwunden“. Die für das ganze Jahr ermittelte Zahl von 7—8 Millionen findet darin eine Bestätigung. Da alle Notgeschlachtungen in der Zahl der gewerblichen Schlachtungen enthalten sind, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die bei weitem überwiegende Mehrzahl der 5 1/2 Millionen verschwundenen Schweine auf unberechtigte u. unangemeldete Schlachtungen zurückzuführen ist, auf Hausgeschlachtungen zum Zwecke des Schleichhandels. Die Schweine haben uns ein gut Teil der Kartoffeln und des Getreides weggekrejelt. Das mit diesen unerlaubten Futterstoffen erzeugte Fleisch und Fett aber ist der Allgemeinheit nur zu einem winzigen Teile zugute gekommen.

Die Not der Rentenlosen!

Überall breiten sich die trüben Schatten des Krieges aus. Not hat er überall im Gefolge. Ein Kapitel besonderer Not ist es, das wir heute aufschlagen.

Vielfach werden Leute aus dem Heeresdienst als dienstunbrauchbar entlassen, die gesund eingezogen waren und nun, oft völlig erwerbslos, wieder ins bürgerliche Leben hinaustreten, ohne daß ihnen eine Verjüngung zustünde. Bei ihnen wird angenommen, daß der Militärdienst keinen Einfluß auf die Entstehung oder Verschlimmerung des zur Entlassung führenden Leidens gehabt habe. Mit der Abweisung des Anspruchs dieser Personen ist endgültig über ihr Schicksal entschieden. Und dieses Schicksal ist vielfach ein überaus trauriges. In dem Organ des Reichsausschusses der Kriegsgeschädigtenfürsorge, „Die Kriegsgeschädigtenfürsorge“, behandelt Rentenzüchter Dr. Gerth die Fürsorge für diese Rentnerischen. Und er kommt zu dem Ergebnis, daß eigentlich gar keine Möglichkeit zu erschöpfender Fürsorge für sie besteht. Offenbar ist die Zahl der ohne Rente Entlassenen bereits sehr bedeutend. Im Januar dieses Jahres hatte Gerda Simons für einen Groß-Berliner Vorort die Zahl der Rentenlosen auf 32 von 100 dienstuntauglich Entlassenen berechnet.

Infolge der langen Dauer des Krieges und infolge des außerordentlich großen Bedarfs an Menschenmaterial wird jetzt bei der Prüfung der Dienstfähigkeit ein weniger strenger Maßstab angelegt als in Friedenszeiten. Selbstverständlich kann im Dienst auf diese Schwächeren keine besondere Rücksicht genommen werden, sie müssen sich vielmehr den gleichen dienstlichen Anstrengungen wie die Gesunden und allen Witterungsunbilden unterwerfen, so daß ihre frühere Krankheit infolge des günstigeren Nährbodens leicht wieder auflebt. Wiederholt wird in ärztlichen Gutachten bei der Entlassung eines solchen Mannes, der bei der Einstellung für dienstfähig erklärt worden ist, der Zusammenhang der Gesundheitsförderung mit einer Dienstverrichtung oder einem Dienstunfall oder den besonderen militärischen Verhältnissen verneint, weil das Leiden schon vor Dienstantritt vorhanden gewesen sei.

Diesen ohne Verjüngung Entlassenen kann zwar im Falle dringender Bedürftigkeit vorübergehend eine Rente bis zur halben Volkrente gewährt werden. Offenbar wird jedoch von dieser Berechtigung nur in recht bescheidenem Umfange Gebrauch gemacht. Aus dem besonderen Fonds des Kap. 54a des Allgemeinen Pensionsfonds kann wieder keine Zuwendung erfolgen, weil diese Mittel nur als Zuschüsse zu den Versorgungsgebühren zum Ausgleich von Härten gewährt werden sollen. Es bleiben nur die Mittel der allgemeinen Kriegswohlfahrtspflege, die zur Unter-

stützung dieser Personen verwendet werden können. Ob nun, ganz sicher ist es auch nicht, ob die Gemeinden, die es tun, Ersatz vom Reiche erhalten.

Daß so die Dinge nicht bleiben können, liegt auf der Hand. Nur der Reichstag wird eingreifen können. Es muß vorgeesehen werden, daß die Mittel der oben erwähnten Kap. 54a zur Unterstützung der Rentenlosen verwendet werden dürfen. Und so lange verwendet werden müssen, bis in einem neu zu schaffenden Rechtswege über die Ansprüche dieser Rentenlosen entschieden ist. Der Rentenweg ist neu zu schaffen; ein Verfahren ist einzuführen, das dem auf dem Gebiete der Sozialversicherung geltenden nachzubilden wäre. Man darf damit nicht länger warten, bald muß dies geschehen. Auch die schon abgewiesenen Ansprüche müssen in diesem Verfahren nachgeprüft werden.

Weiter aber auch ist den Rentenlosen der Anspruch auf ärztliche Versorgung zu sichern. Der einfachste Weg würde sein, ihnen einen solchen Anspruch gegen die Allgemeine Ortskrankenkasse ihres Wohnortes einzuräumen. Natürlich kann der Kasse nicht eine solche Last aus eigenen Mitteln zugemutet werden. Den Kassen müßte in der Art ein Ersatzanspruch gegen das Reich zustehen, wie er in § 1508 der Reichsversicherungsordnung vorgesehen ist.

Es handelt sich hier um eine dringliche Aufgabe — wären heute die zu lösenden Aufgaben nicht dringlich. Die Not der Rentenlosen ist zu groß. Man darf sie nicht erst der Armenpflege anheimfallen lassen. Es ist ein geradezu unerträglicher Gedanke, daß diese Personen, die dem Vaterlande ihre Kräfte gewidmet haben, der Armenverwaltung zur Last fallen könnten. Bleibt es so wie es ist, ist das nach dem Kriege sogar mit Sicherheit zu erwarten.

Das darf nicht sein und kann nicht sein!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reuordnung des Kriegsernährungsamtes.

Dr. Paul Michaelis, der wirtschaftliche Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“, beschäftigt sich mit der Organisation des Kriegsernährungsamtes. Er legt auseinander, daß mit der Berufung des Unterstaatssekretärs Dr. Michaelis zum Reichskanzler in der Organisation der Kriegsernährung eine empfindliche Lücke entstanden sei. Es liege die Beförderung nahe, daß mit dem Ausscheiden seiner tatkräftigen Persönlichkeit aus diesem Wirkungsbereich auch die Ernährungsverhältnisse während des Krieges sich noch weiter verschlechtern könnten. Auf der anderen Seite sei aber im preussischen Landwirtschaftsministerium der Boden für neue Verhältnisse vorbereitet. Der Landwirtschaftsminister werde wohl doch eher kurz oder lang aus seinem Amte scheiden. Der Reichstag sich nun naturgemäß auf den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, Herrn v. Batocki. Von diesem sagt der Mitarbeiter des Tageblattes:

„Über die Fehler und Mängel der Batockischen Amtsführung ist heute kaum noch ein Zweifel möglich. Herr von Batocki hat manches nicht mit der erforderlichen Energie angefaßt; er nahm besonders in seiner ersten Zeit die Dinge zu leicht, er verließ sich zu sehr auf glückliche Zufälle und gab auch wohl persönlichen Einflüssen mehr nach, als sich mit seinen sachlichen Aufgaben vertragen. Wir hätten eine strengere Organisation und eine tatkräftigere Durchführung des einmal als richtig erkannten Programms gewünscht. Aber es würde doch eine Verkennung der bestehenden Verhältnisse bedeuten, wollte man Herrn v. Batocki als Sündenbock für alle Mängel unserer Ernährungspolitik, an denen es leider bis zum heutigen Tage nicht fehlt, hinstellen. Er war und blieb durch Bundesrat und Preußen in stärkerem Maße beinträchtigt, als den zahlreichen Kritikern zum deutlichen Bewußtsein kam. Und schließlich soll man nicht vergessen, daß ein Ernährungsminister immer unpopulär sein muß.“

Dr. Michaelis fordert, daß die Befugnisse der Kriegsernährungsstelle in einer Hand zusammengefaßt werden.

Bäuerin und Gräfin.

Von Theodor Wügge.

4. Fortsetzung.

Er blinzelte sie mit seinen sanften, freundlichen Augen voller Teilnahme an, und als sie ihm die Hand von neuem gab, fühlte sie seinen Druck.

So gingen sie beide ein Weilchen, bis der Boden plötzlich weich wurde. Es war eine von den feuchtesten Stellen, die häufig in Bergen und Büschen vorkommen, wo Wasser den Boden durchdringt und sich darin anammelt. Einzelne Steine lagen darin zerstreut und bildeten die vorhandene Brücke.

Was tun wir nun? fragte Lydia, als sie bedenklich stillstand. Wenn wir nicht umkehren wollen und Sie den Steinen nicht trauen, so bleibt nur ein Mittel.

Welches Mittel?

Statt der Antwort hob er sie so leicht auf den Arm, als sei es keine Last, und ebenso leicht sprang er mit ihr über die schlüpfrigen Steine fort und setzte sie auf dem trockenen Boden nieder.

— Lydia wehrte ihm nicht, sie ließ es geschehen, legte die Arme um seine Schultern und hielt sich fest.

Wir kommen alle auf unsere alten Streiche zurück, sagte sie, als sie trüb stand. Wahrscheinlich fiel es Ihnen ein, daß Sie mich früher auch so auf Ihren Armen in ähnlicher Weise getragen haben.

So war es wirklich, erwiderte er. Es fiel mir ein, und warum sollen wir jetzt es nicht ebenso machen?

Wir wollen ganz wieder die alten guten Kameraden sein, lieber Rudolf, und uns alles vertrauen und glauben.

Mit diesem neugeschlossenen Bündnis stiegen sie nun die Bergwand völlig hinauf. Als der Weg steiler wurde, mußte Lydia sich an seinem Arm halten, und sie bewunderte heimlich, mit welcher Gewandtheit und Sicherheit er unter ermunternden und überzeugenden Worten sie weiter brachte. Rudolf war wieder besonders groß, noch sah er besonders kräftig aus, dennoch mußte er dies sein. Sein Schritt war elastisch leicht, und obwohl sein Gesicht milde und freundlich, läge hatte, auch sein Wesen eher fürstlich als selbstvertrauensvoll war, so erhellten seine Augen doch zuweilen einen hellen stolzen Glanz, und seine bescheidene Rede fand Worte, die kühn und selbst poetisch klangen. Anspruchlos in seiner Tracht, gleich er einem wohlhabenden Landmann, der etwas höher stehen will, als der gewöhnliche Bauer. Die Gräfin hatte bei ihrer Reife durch die Schweiz häufig bemerkt, daß ein grüner, enger Rock, und ein breitkrämpiger, spitzspitziger, grauer Hut die am meisten üblich: Kleidung dieser Republikaner sei, welche auf kostbaren Prunk überhaupt nicht viel geben. Auch Rudolf

trug sich in dieser Weise, aber unter der Schürze seines Hutes steckten einige Adlerfedern, die ihm einen feineren Anstrich gaben.

Als sie auf dem Bergkamm anlangten, bildete dieser eine sanfte, aufwärts laufende Ebene, welche mit Feld und Wald bedeckt und begrenzt sich abschloß. In einiger Entfernung, auf dem höchsten Punkt, lag ein Haus unter hohen Bäumen, das einzige, das zu sehen war.

Das ist Ihr Ziel, fragte Lydia.

Das ist er, war seine Antwort. Aber wir sind an einer der steilsten Stellen hinaufgestiegen; wenn wir zurückkehren, führe ich Sie einen viel bequemeren Weg.

Dazu wird Zeit sein, erwiderte sie, wenn wir uns ausgeruht haben. Mich dünkt sehr.

So kommen Sie. Schatten und Mistel finden wir dort in Fülle. Er führte sie durch das Feld dem Hause zu, und bald hatten sie es erreicht. Als sie in der Nähe waren, wehte ein kühler Wind, und durch eine Richtung der Bäume sahen sie auf den See hinaus, der tief unten wogte und glänzte. Aus dem Buschwerk zur Seite des Hauses aber kam ein Wasser rauschen, dessen Ursache die Gräfin sogleich erriet.

Jetzt weiß ich alles, sagte sie. Hier ist die Schlucht, in welche der kleine Bach hinabfällt. Nun erinnere ich mich, daß es ein alter Bekannter ist, von dem ich freilich nichts anderes mehr weiß.

Sie gingen am Hause vorüber, in welchem sich nichts regte. Es sah wohnlich und neu aus, doch war es kein großes Bauernhaus, wie man sie in der Schweiz oft so stattlich findet, sondern von mäßigem Umfange und ohne Schmuck gebaut. Das untere Geschoss bestand aus Ziegeln, darauf lag der Holzbau mit kleinen Fenstern, von einer Galerie umgeben. Eine hohe Treppe führte zur Tür hinauf, zur Seite stand ein Stallgebäude, das ähnlich aussah, nur daß der obere Raum zum Heuboden eingerichtet schien. An den beiden Gebäuden hin war ein Küchengarten angelegt, und zwischen Holunderbüschen öffnete sich eine Geißblattlaube mit einem Tisch und einer Bank, die eine Lehne von Birkenzweigen hatte.

Wenige Schritte davon begann der Tobel oder Spalt, den sich der kleine Bach im Laufe von Jahrhunderten oder Jahrtausenden zu seinem Gerinne auswählte. Lydia schaute erst recht hinunter. Es ging sehr steil, wohl dreißig oder vierzig Fuß tief, hinab. Große Steine sprangen aus dem Geröll, das zum Teil mit einer dicken Moos- und Pfanzendecke überwuchert war, und da und dort kammerten sich Efeu und Erlen mit zahllosen zähen Fingern um Felsstücke, die wie mit Ketten von ihren Wurzeln umstrickt wurden. Der Bach rauschte leise und melodisch über den Felsen und ließ seine Grübe von einem sanften Luftzuge begleiten, der erfrischend

Lydia's warmes Gesicht umstrahlte.

Das ist ein artiges Plätzchen, sagte sie, romantisch sogar zu nennen, obwohl die guten Leute, welche hier wohnen, wohl lieber wünschen möchten, es wäre anders und der Bach käme zu ihnen herauf, da sie schwerer zu ihm hinunter können.

Sie können sehr gut hinunter, erwiderte Rudolf. Weiterhin führt ein Steg hinauf, und jenseits liegen schöne Matten, auf welchen das Vieh weidet, wenn es hinausgetrieben wird.

Ein lustiges Leben, das Hirtenleben, sagte Lydia, in den Bach und in die Weite blickend. Unter einem alten Baum liegen, vor sich die weidende Herde, über sich den sonntigen Himmel, wohin sind wir gekommen mit unserem Vieh und mit unserer Kultur!

Man denkt es sich ja, verjagte er lachend, aber das Bauern- und Hirtenleben ist so rauh und hart, wie irgend eines. Bei uns steht das Vieh meist in den Ställen, muß verjagt und gemäht werden, auf den Alpen aber ist der Hirt der Pächter. Mit aller Mühe und Plage gewinnt er doch wohl halb so viel an seinem Vieh, um den Winter durchzukommen.

Das Los der Armut ist überall daselbe in der Welt, und niemand kann es ändern. Haben Sie diesen Hof auch verpachtet?

Er bejahte es. Die ganze Wirtschaft mit Vieh und Acker, sagte er, in der Art, daß der Pächter zugleich mein Verwalter ist. Er zieht zunächst ein gewisses Einkommen, dann wird ein mäßiger Pachtzins abgetragen, was übrig bleibt, teilen wir.

Also ein Gesellschaftsvertrag auf Gegenseitigkeit, nach modernem Zuschnitt, sagte Lydia.

Auf Billigkeit gegründet, erwiderte er. Ich gebe meinen Acker und mein Vieh, er gibt seine Arbeit, sein Blut und seine Knochen.

Vermutlich alles, was er besitzt, doch wie es scheint, ist ihm ein Kapital nicht und hält gute Ordnung.

Er ist ein fleißiger und verständiger Mann.

Hat er Familie?

Eine Tochter. Wollen wir hineingehen?

Nein, sagte Lydia. Diese Bauernhäuser mit ihren niederen Stuben, kleinen Fenstern und zahlreichen Fliesen sind ein entsetzlicher Aufenthalt. Lassen Sie ein wenig Mistel herustragen.

Holla, Mathias! rief Rudolf zu dem Hause hin.

Herr Mathias scheint nicht zu Hause zu sein, sagte die Gräfin, als ihr Verwandter nach wiederholter Aufforderung keine Antwort erhielt.

(Fortsetzung folgt.)

Um einer Kollision der Pflichten zwischen dem preussischen Landwirtschaftsministerium und denjenigen Stellen, die für die Kriegsernährung des gesamten deutschen Volkes verantwortlich sind, aus dem Wege zu gehen, sei es unter allen Umständen besser, überhaupt von einer Bestellung eines neuen preussischen Landwirtschaftsministers, der aus sachlichen Rücksichten überflüssig ist, abzusehen. Vorläufig gehe es besser ohne einen preussischen Minister für Landwirtschaft. Es wäre nichts weiter nötig, als das Kriegsernährungsamt mit dem preussischen Kommissariat für Kriegsernährung so wohl persönlich als sachlich zu kombinieren. Die Personensfrage sei weniger wichtig als die Einheitlichkeit in den Ernährungsmaßnahmen.

Die Verwirklichung dieses Vorschlages dürfte sicher zur Verbesserung der Organisation unserer Ernährung beitragen.

Die Verbesserung des Reichstagswahlrechts.

Der Reichstag hat hinsichtlich der Verbesserung des Reichstagswahlrechts leider keine ganze Arbeit gemacht; er beschloß lediglich, den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den in den Wahlkreisen mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs eine Vermehrung der Mandate eintritt unter Einführung der Verhältniswahl für diese Abgeordnete. Dem Reichstag wird nun wohl demnächst eine solche Vorlage zugehen, und man nimmt an, daß die Wahlkreise mit 250 000 Einwohnern in Zukunft zwei und die mit über 500 000 Einwohnern drei Abgeordnete wählen sollen. Unser Elberfelder Parteiorgan, die „Freie Presse“, berechnet nun, daß es in den 14 Wahlkreisen des Bezirks Niederrhein in acht Kreisen bei der bisherigen Mehrheitswahl bleiben wird. Von diesen acht Kreisen sind zwei im Besitz der Sozialdemokratie, während sechs durch das Zentrum vertreten werden. Anstatt 14 Wähler in Zukunft im Bezirk Niederrhein 23 Abgeordnete zu wählen sein und zwar:

	bisher:	in Zukunft:
Sozialdemokraten	6	9
Zentrum	7	9
Nationalliberale	1	2
Fortschrittler	0	2
Freisondervative	0	1
Gesamt:	14	23

Unser Elberfelder Parteiorgan bemerkt hierzu: „Wenn die „Unabhängigen“ glaubten, gegen den Antrag stimmen zu müssen, so handelten sie damit nicht im Interesse der breiten Massen, sondern besorgten wider Willen die Geschäfte der Reaktion.“

Die alte sozialdemokratische Reichstagsfraktion handelte richtig, indem sie sich sagte, es muß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft eine Position nach der anderen für das Proletariat erobert werden. Und auf diesem Wege liegt auch die Verhältniswahl für die Riesenwahlkreise.

Selbstverständlich wird nicht versäumt werden, trotz dieser kleinen Verbesserung gegen den bisherigen Zustand, daß zu gegebener Zeit die weiteren Forderungen der Sozialdemokratie zum Ausbau des Reichstagswahlrechtes nachdrücklich erhoben werden.“

Die baldige Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens wünscht die Vorstandschaft der Zentrums-Fraktion des bayerischen Landtages in einer einstimmig angenommenen Entschließung.

Von den Kriegsschauplätzen. Rußland.

Die Vorgänge in Petersburg.

Das Kabinettsbüro meldet aus Petersburg: Nach dem Hauptbüro des Kommissars des Sitoway-Distriktes wurden gestern über 100 Fernmündete gebracht. Abends begabten Reiter und Arbeiter der „Roten Garde“ einem Trupp unbewaffneter Kosaken und beschossen sie; dabei wurden mehrere Personen getötet und verwundet. Auf dem Remik-Brückchen wurden Kosaken von einem mit voller Ausrüstung mit Musik und roten Fahnen vorbeiziehenden Regiment beschossen. Hierbei wurden 5 Personen getötet und 25 verwundet. Man glaubt, daß die Entscheidung zwischen den feindlichen Parteien unmittelbar bevorsteht. Skobelew ist auf dringendes Ersuchen des Ministerpräsidenten von der Front zurückgekehrt, um seinen Einfluß auf die Arbeiter geltend zu machen. Nach einer anderen Kontroverse drängen am 18. Juli, 1 Uhr morgens, eine Abteilung der Gardebataillon Ismailowki und Sinesnowski mit Offizieren in den Zarenpalast ein, stürzten die Marzellstraße an und brachten Huraraje auf die Zentralbehörden des revolutionären Rußlands aus. Skobelew und Skobelew hielten Ansprachen an die Soldaten, wobei Skobelew auf den Unterschied zwischen Demokratie und Anarchismus hinwies.

In dem Bureau des Generalstabs und auf dem Platz vor dem Winterpalais in Petersburg lagern Regimentsgruppen. Kanonen sind aufgestellt worden.

Nach diesen Meldungen scheint es in der russischen Hauptstadt ja wieder heiß herzugehen. Aber auch in Moskau geht es. Der dortige Arbeiter- und Soldatenrat erklärte die Ereignisse in Petersburg und beschloß mit 442 gegen 242 Stimmen in Moskau alle Straßenabteilungen zu verbieten. Die Sozialisten, die bewaffnete Demonstrationen wünschtes, protestierten dagegen, daß die Ereignisse am politischen Leben behindert werden solle und verließen den Sitzungssaal.

Unter diesen Umständen dürfte es sich das Kabinetts wohl noch überlegen, den Plan auf Verlegung des Sitzes der einseitigen Regierung nach Moskau zu verwirklichen, denn auch dort scheint es alles andere als ruhig zu sein.

England.

Ein Vertrauenssystem

wurde der englischen Regierung am Mittwoch mit 176 gegen 18 Stimmen ausgesetzt; den Anlaß hierzu gab die Weigerung der Regierung, mit der geschäftlichen Erörterung der Kommission zur Untersuchung der westindischen Angelegenheit nicht fortzufahren.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Depeschenwechsel zwischen Berlin und Wien. Reichskanzler Dr. Michaelis rief an den Kaiser des Kaiserlichen Kommissars nach Wien. In dem Depeschenwechsel, in dem sich der Kaiser und Kaiserin befinden.

trauen auf den Posten des Reichskanzlers berief, ist es mit ein tiefergefühlttes Bedürfnis, in Eurer Erzählung den Vertreter der auswärtigen Angelegenheiten des Reiches zu begrüßen, mit dem in engster und treuester Bündnisgemeinschaft zusammenzuhalten seit nunmehr fast vier Jahrzehnten der leitende Grundgedanke eines jeden deutschen Ränglers war. Das kostbare Erbe unverbrüchlich zu bewahren, betrachte ich auch als vornehmste Pflicht. Von ganz besonderem Werte würde es für mich bei diesem Bestreben sein, wenn Ew. Erzählung auch mir eine rückhaltlose Unterstützung bewahren wollten, die von Ew. Erzählung meinem Herrn Vorgänger in so reichem Maße zuteil geworden ist. Oesterreich-Ungarn und Deutschland gehen, das ist mein fester Glaube, siegreich aus diesem schweren Kampfe hervor und sichern ihren heldenmütigen Völkern eine glückliche und schöne Zukunft.

Reichskanzler Michaelis.

Graf Czernin antwortete mit folgender Depesche: Für die warmen Worte, mit denen Ew. Erzählung mich zu begrüßen die Güte hatten, bitte ich, meinen tiefgefühlten Dank entgegenzunehmen. In inniger vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Leitern der deutschen Politik und in unverbrüchlichem Festhalten an das altbewährte Bündnis erblicke ich die sichere Gewähr für eine glückliche Zukunft unserer heldenmütigen Völker. Zur Sicherung unserer Existenz und zur Wahrung unserer heiligsten Güter stehen wir in dem gewaltigsten Kampfe aller Zeiten. Ich vertraue zu Gott, daß wir in treuem Ausharren das erstrebte Ziel erreichen. Zu einem ehrenvollen Frieden bereit, sonst aber zum Kampfe bis aufs Äußerste entschlossen, werden sich Deutschland und Oesterreich-Ungarn gemeinsam die Bedingungen für eine ungestörte friedliche Zukunft erwirken. Czernin.

ne österreichische Kundgebung für einen Verständigungsfrieden.

Die „Österreichische politische Gesellschaft“ nahm nach einer Rede des Professors Förster in München über die Idee eines Verständigungsfriedens und nach weiteren Reden verschiedener österreichischer Abgeordneter über innerpolitische Fragen folgende Entschliessung an:

„Die Versammlung fordert, daß die österreichisch-ungarische Regierung, die sich als erste zur Formel des Verständigungsfriedens bekannt hat, auf diesem Wege beharre. Denn nur ein Friede, der bei den kämpfenden Parteien das Gefühl der Niederlage und der Demütigung nicht zurückläßt, trägt die Bürgschaft der Dauer in sich und bildet die Grundlage, auf der die Organisation der Welt als Kulturgemeinschaft aufgebaut ist und auf der allein die wirtschaftliche Wiederherstellung der Staaten möglich wird. Oesterreich verlangt jedoch nicht nur die Beendigung dieses entsetzlichen Krieges, es verlangt nach nationalem Frieden im Innern. Nur ein Oesterreich, das die nationale Ordnung errungen hat, wird bei den Friedensverhandlungen imstande sein, seine Interessen wirksam zu verteidigen und seine Kulturansprüche eindrucksvoll zu vertreten. Die Versammlung beauftragt deshalb die Einberufer, sofort eine Organisation zu schaffen, welche die Aufgabe hat, die öffentliche Meinung zu gewinnen für die Forderung nach Erneuerung Oesterreichs auf der Grundlage der wahren Demokratie und der nationalen Gleichberechtigung.“

Ein Friedensvorschlag des Papstes?

Die „Färcher Post“ meldet aus Rom: In vatikanischen Kreisen wird berichtet, der Papst werde am Jahrestag des europäischen Kriegsausbruchs eine neue Note mit einem nochmaligen Friedensvorschlag veröffentlichen.

Deutschland und Norwegen.

„Nationaltidende“ meldet aus Kristiania: Ministerpräsident Knudsen teilte im Storting mit, daß Norwegen von Deutschland die Versicherung erhalten habe, daß der norwegischen Schifffahrt nach Amerika keine Hindernisse in den Weg gelegt werden würden.

Hollands Forderung an England.

Antlich wird aus dem Haag berichtet: Der Minister des Auswärtigen gibt folgendes bekannt: Die niederländische Regierung machte durch ihren Gesandten in London der britischen Regierung von dem Ausreten britischer Kriegsschiffe am 16. Juli gegen deutsche Handelschiffe, die sich in niederländischen Hoheitsgewässern befinden, Mitteilung und beantragte den Gesandten, die Regierung auf den Ersatz des Vorkalles, wobei eine unauflösbare Verletzung der niederländischen Souveränität und Neutralität festgehalten hat, aufmerksam zu machen. Der Gesandte wurde außerdem beauftragt, die Hoffnung auszusprechen, daß die britische Regierung für das Vorgefallene gemäß dem Völkerrecht und insbesondere dem Artikel 3 des Vertrages betreffend Seekrieg vollständige Genugtuung gewähren wird.

Aus der Partei.

Georg Diehl ist. In Frankfurt a. M. starb am 17. Juli der Zentralvorsitzende des Dachdeckerverbandes Georg Diehl. Er war 30 Jahre in seiner Berufsorganisation tätig, darunter 20 Jahre als ihr erster Vorsitzender. Außerdem war er Stadtverordneter in Frankfurt a. M. zweiter Vorsitzender der Ortskrankenkasse und Mitglied des Bezirksvorstandes für Helfen-Kassan. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung verliert an Diehl einen hervorragend tüchtigen, ruhigen und besonnenen Kämpfer. Seine trefflichen Eigenschaften als Mensch und Kämpfer sichern ihm ein ehrenvolles Andenken in der Arbeiterbewegung.

Soziales.

Das Krankenloch reißt nicht mehr aus. Der Vorstand des Rates der Gewerkschaften beschloß einstimmig, bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Mainz die Wiedererrichtung der Krankenkassen, besonders die Erhöhung des Krankengeldes zu beantragen. Der Vorstand ist es heute unmöglich, mit der Unterhaltung des Lebensunterhalt zu bestehen; ja sie können nicht einmal die erforderlichen Nahrungsmittel kaufen. — Das Karstell tritt hier: auch den Vorschlag des Reichsversicherungsamtes aus dem Jahre 1915; es wurde nachgewiesen, daß, wenn die Rasse ihre damaligen Beschäftigungen beibehalten, sie keinen Schaden erlitten hätte. Sie ergab 1916 einen Reinertrag von 100 000 Mark.

Acht Tage ohne Nahrung im Boot.

Das französische Boot „Als Habereitiner“ verzeichnet die Ergebnisse von der mehrwöchigen Gezeiten zweier junger Männer, eine Expedition, die in ihrer abenteuerlichen Gesandtschaft hier angeschlossen wurde. Am 6. Juni haben sie in offener See, laut der Angabe des Kommandanten, zwei Tage lang...

Freund, der 21jährige Gunnar Grönning von Christiansstad ab, Sie wollten einen Tagesausflug unternehmen und hatten es dabei nicht für notwendig gehalten, mehr als ein paar belegte Brote als Vorrat mitzunehmen. Sie waren indes nicht lange unterwegs, als sich ein schwerer nordöstlicher Sturm erhob, der das fenestlose Boot immer weiter westwärts trieb. Zwei Tage und Nächte wurde das Fahrzeug so vom Sturm hin und her geworfen, und es zerrt immer weiter ins offene Meer hinaus. Die Lage wurde auch dadurch verschlimmert, daß Grönning schwer seetranke wurde, sodas Bromels die größte Mühe hatte, zugleich das Boot mit Hilfe der Ruder durch die Wogen zu steuern und zu verhindern, daß Grönning in seinem Fieberdelirium sich über Bord warf oder, wie er selbst es ausdrückte, „an Land ging“. Endlich legte sich der Sturm und damit auch Grönings Seetrankeheit; dafür tauchte das Hungergespenst immer bedrohlicher und erschreckender vor ihnen auf. Die Qual wurde noch dadurch erhöht, daß die Sonne bei Tag stehende Strahlen herniederstieß, während die Nächte eisig kalt waren. Ohne jedwede Decke lagen die beiden jungen Leute im Boote, zuweilen mit durchnässten Kleidern.

So verfloßen Tage und Nächte. Noch immer trieb das Boot weiter in die See hinaus. In weiter Ferne zeigten sich zwei andere Segler; doch die Verschlagenen konnten sich ihnen nicht bemerkbar machen, obwohl sie mit Hilfe ihrer Räder Flaggen signale abgaben. Endlich, am siebten Tage, als die beiden schon mehr tot als lebendig waren, glaubten sie am fernen Horizont einen dunklen Streifen zu sehen, den sie für Land hielten. Sie beschloßen, mit Aufbietung ihrer letzten Kräfte einen Versuch zu machen, es zu erreichen. Wie aber sollte der vom Hunger geschwächte Bromels Kraft zum Rudern finden? Da verfielen sie auf einen Ausweg, der erkennen ließ, wie furchtbar ihre Lage gewesen sein muß. Bromels öffnete die Pulsader seines Gefährten und zapfte ihm nach seiner Schätzung etwa einen halben Liter Blut ab, das er Johann trank, um sich zu stärken. „Das klingt schauerhaft“, sagte Bromel selbst, „aber ich versichere Sie, daß ich in diesem Augenblick Menschenfleisch hätte essen können, um neue Kräfte für eine mögliche Rettung zu sammeln.“ Wie bitter muß die Enttäuschung gewesen sein, als es sich nach zwanzigstündigem unablässigem Rudern herausstellte, daß der „Landstreifen“ eine — Luftspiegelung gewesen war! Es war eine Stunde grenzenloser Verzweiflung, setzte der Seemann seinen Bericht fort. „Nunmehr glaubten wir uns rettungslos verloren. Unsere Kräfte waren so erschöpft, daß wir kaum noch zu sprechen vermochten. Wir waren vollkommen zum Sterben bereit und versanken in eine Art Traumzustand, der uns über 24 Stunden lang gefangen hielt. Da kam am achten Tage unsere wunderbare Rettung zustande. Um 1 Uhr nachmittags wachten wir auf und sahen zwei Niesenvögel hoch über uns fliegen. Es waren Wasserflugzeuge. Als sie uns erblickten, ließen sie sich nieder und riefen uns an. Wir erklärten in Kürze unsere unglückliche Lage und baten um Hilfe. Die Besatzung der Flugzeuge erklärte sich bereit, uns etwas Essen und eine Flasche Milch zu überlassen; wir erwiderten jedoch, daß dies so gut wie gar nichts für zwei nahezu verhungerte Menschen sei, und baten, uns in den Flugzeugen mitzunehmen. Das wurde uns nach kurzer Beratung bewilligt. Jeder der Luftdögel nahm einen von uns auf, und dann ging es durch die Luft davon. Wir waren gerettet!“

Aus Nah und Fern.

Schreckensstat eines Tobfaktigen. In Grona an der Prabe wurde die Hofbesitzerwitwe Andran von ihrem ältesten Sohne Arno in einem Tobsuchtsanfall ums Leben gebracht.

Mord und Selbstmord eines Postagenten. Der Postagent und Gastwirt Roke in Erten bei Kinteln erschoss seine 10jährige Tochter und verübte darauf Selbstmord. Angeblich gerüttelte Wirtschaftsverhältnisse des früher reichen Mannes sind der Grund für die Tat.

Wegen Getreideschiebungen verhaftet. Großes Aufsehen erregt in Breslauer Handelskreisen die Verhaftung zweier Brüder D. Beide haben sehr umfangreiche Getreideschiebungen begangen und wurden in ihren Wohnungen festgenommen.

Verheerende Gewitterstürme in Mittelfrankreich. Aus Mittelfrankreich werden während der letzten 48 Stunden starke Gewitterstürme gemeldet; sie haben zu schweren Verwüstungen in Le Creusot und in Dijon geführt.

Pflanzen die Tiere fangen.

Wer jetzt eine Wanderung ins Moor unternimmt, kommt gerade zur rechten Zeit, um ein paar der merkwürdigsten unter den Pflanzen der Heimat bei ihrer mörderischen Tätigkeit zu beobachten, die tierfangenden und -fressenden Pflanzen. In die Geheimnisse ihres Baues und ihrer Fangweise führt uns ein Aufsatz, den Dr. Hans Friedrich in der Zeitschrift „Natur und Kultur“ veröffentlicht. Zwischen Rudolfslichteln, Kollgräsern und Honiggras breitet das Gemeine Fettkraut seine Mordwerkzeuge aus, die dem Boden anliegenden Blattroten, zwischen denen sich die weißlichen Blüten erheben. Der Rand jedes Blattes ist etwas ausgebeugt, sodas eine Rinne mit flachem Boden entstanden ist, in der sich farblos, klebriger Schleim findet. Laufende von Drüsen, etwa 25 000 auf den Geviertzentimeter, sind es, die diesen Schleim absondern, der den Insekten zum Verderben wird. Flüchtiges Streifen des Blattes, die Berührung eines Steinchens oder die Regentropfen lösen keine Schleimabsonderung aus, wenigstens keine anhaltende. Berührt dagegen ein stoffhaltiger Körper die Blattoberseite, etwa ein Insektenkörper, so beginnen die Drüsen, Schleim und saure Verdauungssäftigkeit abzusondern, und Versuche haben gezeigt, daß auch Fleischstücke, Knorpel, Eiweiß und Milch die Drüsen zum Abgeben veranlassen. Nach zehn bis elf Stunden wurde saure Flüssigkeit ausgeschieden, und nach 82 waren diese Stoffe verdaut. Im Wasser des Moores findet sich der Wassererschlauch, dessen blasenartige Blätter zu förmlichen Insektenfallen ausgebildet sind, innerhalb deren die Verdauungssäftigkeit absondern werden. Diese Insektenfallen sind durch elastische Platten geschlossen, die die kleinen Wasserläufer, die allemals Opfer in Frage kommen, am Wiederverlassen der Falle verhindern. Das Schicksal der Gefangenen ist grausam. Sie müssen erstickend oder verhungern, und erst wenn der Leichnam in Verwesung übergegangen ist, beginnen die Zellen der Innenwand der Falle, die Verdauungssäfte auszuscheiden. Der „Hunger“ der Wassererschlauchgewächse ist recht bedeutend: hat man doch in einzelnen Blättern schon die Reste von 24 Flohkrebse gefunden! Eine Blätterfalle unter den tierfangenden Pflanzen ist der Sonnenkranz, dessen Blätter ähnlich arbeiten wie die Fettkrautblätter, sie sind mit Wimpern besetzt, mit deren Hilfe auch größere Insekten, wie z. B. Libellen, festgehalten und bewältigt werden. Die Bewegungen, die die Wimpern dabei ausführen, schreiten verhältnismäßig rasch fort: auf die Bewegung der ersten Tentakel folgt binnen zehn Minuten die zweite, und in wenigen Stunden hat das Blatt sich zu dem „Magen“ geschlossen, innerhalb dessen die Beute verdaut wird. Wie empfindlich die Wimpern des Sonnenkrautes sind, zeigt eine Messung: eine Belastung von ein achtunddreißigtausendsechshundertvierzigstel Gramm reicht aus, um sie in Tätigkeit treten zu lassen! Eine Seltenheit unter den einheimischen tierfangenden Pflanzen ist das Blasenkraut, eine Leichpflanze, deren ausgewachsene Blätter eigentümliche Fangapparate tragen, die große Reihlichkeit mit denen der Venusfliegenfalle haben und ebenso wie diese arbeiten. Unter allen heimischen Pflanzen hat das Blasenkraut die größte Beweglichkeit: berührt man die Blätter mit einer Nadel, so wirkt der Reiz sofort, die Nadel wird festgehalten und erst nach etwa 24 Stunden wieder freigegeben.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Bezugspreis: 1/4 Schilling. Druck: Friedr. Meyer & Co. Samilich in Riedel.